

# Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Klusstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Braunerstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Hauptstraße 141/142, sowie durch alle Ausverkäufer zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 2 Pf. Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post fest ins Haus 2.06 Goldmark.

**Organ für die werftätige Bevölkerung**

Verlagsort und Druckort: Breslau 2  
Verlags- und Druckerei: Geschäftsstelle Ring 1206, Reibstock Ring 2142  
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5452

**Anzeigenpreis:** Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Kammeranzeigen, Stellengesuche, Verleihen, Verarmungs- und Wohnungsanzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 2 Pf. das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Klusstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden

## Um die Sürsten-Milliarden.

Der zweite Tag des Volksbegehrens.

### Der Terror der Grafen und Herren gegen das Volksbegehren

geht mit aller Offenheit vor sich. So schreibt zum Beispiel in dem reaktionären Blättchen von Strehlen der Kreisgeschäftsführer der Deutschnationalen, Graf Schaf, einen Aufruf, in dem er zunächst das Volksbegehren als den Anfang einer zweiten Revolution hinstellt, allerlei ähnliche Katastrophen anfügt und schließlich verkündet, es werde

nicht uninteressant sein die Listen einzusehen und dadurch festzustellen, wer durch seine Unterschrift für gemeinen Raub (1) und Minderungen (1) eintritt.

Selbstverständlich ist nämlich dem Herrn Grafen das gestohlene Staatsgut der Fürsten heiliges Privateigentum. Er hat durch diese Auffassung der Sache des Privateigentums wahrscheinlich einen schlechten Dienst erwiesen!

Gegenüber der offenen Drohung mit privater Schädigung als Rache für Betätigung einer freien politischen Meinung gilt es zusammenzutreten. Jeder Leser dieser Zeilen, der die persönliche Rache der Junker nicht fürchtet, muß jetzt erst recht seine Eintragung in die ausliegenden Listen zum Volksbegehren unumgedacht vollziehen und dadurch zeigen, daß die mit Gewaltandrohungen der landlichen Herrschaft daran gehindert werden. Nur weiter so, ihr Herren Grafen, die Volksliste liegt dann erst recht!

### Krise im bayerischen Bauernbund wegen des Volksbegehrens.

München, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Aus den Bauerngegenden in Nieder-Bayern, Ober-Bayern und Schwaben gelangen täglich Hunderte von stürmischen Forderungen in Zuschriften und Entschuldigungen für die Unterstützung des Volksbegehrens gegen den Raub der Fürsten an die Parteileitung des Bayerischen Bauernbundes. Die Vorstandschaft des Bundes hat sich trotzdem am Mittwoch entschieden, daß das Volksbegehren für den Bauernbund nicht in Frage kommt. Begründet wird diese Stellungnahme mit dem von acht bayrisch-partikularkatholischen Geistes erfüllten Hinweis, daß das Volksbegehren für Bayern durch den mit dem Hause Wittelsbach abgeschlossenen Abfindungsvertrag überholt sei!

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die gegenwärtige Leitung des Bauernbundes ihre vielfach reaktionären Beschlüsse der letzten Zeit einzig und allein mit Rücksicht auf ihre Bindungen mit den Rechtsparteien gefaßt hat, da sonst damit zu rechnen wäre, daß der Bauernbund aus der bayerischen Regierungskoalition ausscheiden gezwungen würde. Weite Kreise der Mitgliedschaft des Bauernbundes sind mit dieser Haltung der Parteileitung keineswegs zufrieden. Das hat bereits dazu geführt, daß ganze Ortschaften der Partei geschlossen den Rücken gekehrt haben.

### Zentrumswähler gegen die Haltung ihrer Fraktion in der Fürstenabfindung.

Am Donnerstagabend veröffentlichte das offizielle Kölner Zentrumsblatt an der Spitze seines redaktionellen Teiles eine aufsehenerregende Zuschrift eines alten Zentrumsmannes, der sich wie folgt äußert: „Ich betone, ich bin nicht für die Entseignung ohne weiteres, aber mir scheint, daß die Haltung der Fraktion zu Bedenken Anlaß gibt. Ich habe das Gefühl, daß die Herren in Berlin die Stimmung in der Zentrumspartei noch immer nicht kennen. Noch aber ist ja das letzte Wort über den Kompromißvertrag nicht gesprochen. Noch läßt sich viel daran ändern, und ich hätte mich als treuer Zentrumsmann sehr gern in den guten und schlechten Zeiten unerschrocken für die Partei gestellt, für verpflichtet und berechtigt, zu warnen.“

Warum nicht bei der Zusammenkunft der Zentrumsfraktion des Reichstags nicht, nur durch Handeln sind für die Volksgemeinschaft Hunderte von Millionen, die von den ehemaligen Fürstentümern verlangt werden, zu retten. Wo nicht raten, sondern Taten!

Im Gegensatz zu der volksfeindlichen Haltung der Reichstagsfraktion des Zentrums gegen das Volksbegehren schrieb kürzlich in dem Frankfurter Zentrumsblatt der Rhein-Raibischen Volkszeitung der Zentrumsabgeordnete Eduard Knepper, der sonst auch gern von der schlesischen Zentrumspresse zitiert wird:

Man braucht nur ein anständiges Mensch zu sein, um einzusehen, daß die Fürsten kein Recht haben, mit ihrem Eigentum aus dieser Katastrophe unversehrt hervorzugehen. Die Reichstagsliste ist eine neue Gewand. Und es ist die: das Eigentum der Fürsten fällt restlos an den Staat zurück, von dem es stammt!

Die Folgerung aus diesen Sätzen kann nur die ständige Pflicht zur Einzeichnung für das Volksbegehren sein. Wenn die rechtsstehenden Zentrumsführer die Gegenpartei ausgeben, so wird ihnen kein Mensch in Zukunft mehr die gesch-

vollen Reden für Volkstrotz und stilles Pflicht gegenüber den leidenden Massen glauben. Die Arbeiterwähler — aus dem Zentrum haben in Westdeutschland schon deutlich genug kundgegeben, daß sie diesen neuesten Streich ihrer Fraktionsführung nicht mitmachen.

### Die Provinztrennung im Ausschuß.

Aus Berlin wird uns berichtet: Der Verfassungsausschuß beriet am gestrigen Abend den Gesetzentwurf über die Trennung und Auseinanderlegung der schlesischen Provinzen. Er beschloß, von einer Generaldebatte abzusehen und sofort in die Einzelberatung der einzelnen Paragraphen einzutreten.

Beim § 2 ergab sich eine längere Aussprache über die Frage des Wertausgleichs zwischen den Provinzen. Die Vertreter der meisten Parteien stimmten darin überein, daß die Frage des Wertausgleichs im einzelnen wie im ganzen im Gehege nicht gelöst werde, sondern dem für die Auseinanderlegung eingehenden Schiedsgericht überlassen werden sollte. Abg. Pender (Ztr.) sprach sich im Gegensatz zu seinen ober-schlesischen Parteifreunden gegen einen Wertausgleich überhaupt aus und zog das Gutachten des Professors Stier-Somlo heran. In ähnlicher Richtung bewegte sich die Ausführungen des ober-schlesischen Abg. Graf Garnier (Dnat.). Der § 2 wurde schließlich, nachdem unsere Parteifreunde sich auf den Standpunkt der Regelung gestellt hatten, und die Frage des Wertausgleichs dem Schiedsgericht zu überlassen sei, unverändert angenommen.

Im § 4 wurde vom Zentrum und der Linken beantragt, die Sache über die Regelung der Pensionslast, der Hinterbliebenenfürsorgepflicht und der Wartegeldzahlung an die Beamten herauszutragen, um auch diese Fragen dem Schiedsgericht zu überlassen. Dieser Antrag wurde von den Deutschnationalen, der Volkspartei und drei Zentrumsabgeordneten abgelehnt. Zur Frage der Ruhegehaltskasse fand ein ober-schlesischer Antrag Ablehnung, der das zwangweise Ausscheiden ihrer Mitglieder, soweit sie der Provinz Ober-schlesien angehören, zum 1. April 1926 verlangte. Es bleibt also kündigungsrecht der Provinzialausschüsse und der Mitglieder, ohne daß ein Zwang zum Ausscheiden festgelegt worden ist. Eine Anzahl von Landeshauptmann von Ober-schlesien gestellter Anträge zu den ersten Paragraphen, die von dem ober-schlesischen Zentrumsabgeordneten Göbel angenommen wurden wurde gegen die Stimmen nur zweier Zentrumsabgeordneter geschlossen abgelehnt. Ablehnung fand auch ein Antrag Niederschlesiens gegen die Stimmen der Deutschnationalen. Die Paragraphen 1-7 wurden entsprechend dem Regierungsentwurf angenommen. Danach vertagte sich der Ausschuß auf den 18. März, an dem das Gesetz voraussichtlich im Ausschuß zu Ende beraten wird.

Die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ haben trotz unserer wiederholten Stellungnahme immer noch die naive Auffassung, daß durch ihre unrichtige Berichterstattung über die Rede unseres ober-schlesischen Abgeordneten Franz im Landtag die Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Trennungsgesetz sich geändert habe. Wir sind neugierig, ob sie nun auch die Bestimmungen unserer Parteifreunde falsch berichten werden, um ihre falsche Darstellung so aufrechtzuerhalten.

Neugierig sind wir im übrigen auch auf die Beurteilung der Haltung gewisser rechtsstehender Zentrumsabgeordneter um Herrn Landrat Pender herum durch ihre ober-schlesischen Parteifreunde. Unsere im Fall Herschel kundgegebene Meinung, daß gewisse niederschlesische Zentrumskreise sich bei genauer Untersuchung fast durch nichts mehr von echten Deutschnationalen unterscheiden, dürfte nach den gestrigen Abstimmungen im Landtag im ober-schlesischen Zentrum wohl auf allgemeines Verständnis stoßen.

### Auf zum Volksbegehren!

Es besteht für alle **Eintrittspflicht** die zum Nutzen der Volksgemeinschaft die unverschämten fürstlichen Forderungen abwehren wollen.

**Die Listen liegen aus!!!**

### Warum Volksentscheid?

Ein weiterer Grund.

Der Weltkrieg war ein Kampf der Metalle — Eisen, Stahl, Kupfer, Silber und Gold kämpften gegeneinander.

Vier Jahre Vernichtungskampf verlangten ungeheure Opfer: Während die Männer im Felde ihr Leben — ihr Leben — dahingaben, trugen in der Heimat die Frauen und Mütter ihr Leben — goldene Trauringe und Sparkassensbücher, messingne Öfenläden und kupferne Kessel — zum Altar des Vaterlandes!

Neunmal wurde das Volk aufgefordert, das Letzte zusammenzurufen, um Kriegsanleihe zu kaufen, dem Deutschen Reich die Mittel zur Weiterführung des Krieges vorzutun.

Neunmal wurde bis ins letzte Dorf wochen-, ja monatelang, jedoch es auch der Taube hören und der Blinde sehen mußte, verlobet, gebeten und gedrückt: Opfern, Bringe Dein Bestes! Das Vaterland kann ohne Dein Opfer nicht mehr leben!

Das Volk brachte sein Bestes!

Wilhelm der II. und Letzte hatte eine eigene Vermögensverwaltung, die die Millionen betreute und zinsentragend anlegte, die er sich aus keinem „Kriegsgeld“ Schatzallgeld alljährlich zurücklegen vermochte. Ni vom deutschen Kaiser so geschändet worden, wie er es von der letzten und ärmsten Kriegsgeldverleiher verlangte?

Wilhelm von Doorn besaß unter seinem Vermögen auch amerikanische und russische Aktien und Obligationen, er hatte sie von seiner Vermögensverwaltung schon vor dem Kriege neben vielen deutschen Industriefapieren kaufen lassen. Als der Krieg zu Ende ging und die Revolution kam, besaß er diese Papiere immer noch!

Es handelt sich um die folgenden Objekte:

Victoria Falls Power Company	612 000 Goldmark Nennwert
Kurt-Charlotten-Prioritäten	66 000
Lodger-Fabrikbahn	193 000
Moskau-Windau-Kybin-Prioritäten	462 000
Rjasan-Ural-Prioritäten	331 000
Russische Südbahn	389 000

Wilhelm II. hatte also einige Millionen Goldmark seines Privatvermögens in amerikanischen und russischen Werten angelegt. Er verkaufte sie auch nicht, als vier Jahre lang immer wieder und wieder zum letzten Opfer aufgefordert wurde. Er hielt die Anlage seines in Eisenbahnen, die von den Russen zum Teil mit französischem Gelde als strategische Bahnen gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gebaut worden waren, für rentabel und patriotisch! Wilhelm II. hat die russischen Werte an die Russen verloren, die Amerikaner beschlagnahmten die amerikanischen Werte. Er hat es vorgezogen, den Russen und Amerikanern Millionen zu schenken, statt sie als Kriegsanleihe dem deutschen Volke, „seinen Untertanen“, zu opfern.

Russische und amerikanische Zinsen waren ihm sicherer als die Zinsen der deutschen Kriegsanleihe!

Dieser Mann schreibt jetzt, daß sich die „Demokratie durch unersättliche Gier nach Reichümern auszeichne“, daß sie „alles Uebrige, um des Geldes willen vernachlässige“!

Der Mann der russischen und amerikanischen Industriefapieren verlangt jetzt, daß das deutsche Volk ihn entschädigt!

Du hast recht, wenn Du Dich empörst! Antworte Wilhelm von Doorn! Gehe sofort, zeichne Dich in die Liste ein und nimm noch einen Stimmberechtigten mit. Unterschreibe, daß Wilhelm von Doorn nichts mehr zu bekommen hat!

### Demokraten für Volksbegehren.

Frankfurt a. M., 5. März. (Eigener Zuschrift.)

Der Landesvorstand der Demokratischen Partei Hessen fordert alle Demokraten auf, sich ausnahmslos in die offenliegenden Listen für das Volksbegehren zur Fürstenabfindung einzusetzen. Da der Reichstag bis jetzt keine, auch nur irgendwie befristete Lösung in der Frage der Fürstenabfindung gefunden hat, besteht die Gefahr, daß die Fürsten die laufenden Erben ihrer schmerzlichen Lasten sein werden.

Bei der Teilnahme des Reichspräsidenten an einer Sitzung ehemaliger Stabsoffiziere handelte es sich um 1917, um eine Gedächtnisfeier für den früheren Chef des Generalstabes, Generaloberst Graf Schlieffen. Diese Feier wurde seit langer Jahren abgehalten und der Reichspräsident hat auch als früherer Generalstabsoffizier stets teilgenommen. Anders lautende Nachrichten seien unzutreffend.







# Eine Konferenz der Locarnomächte über die Völkerverbindungsfrage.

**Annäherung in der internationalen Diskussion.**  
**Paris, 4. März.** (Eigener Funterbericht.)  
 Wie die Morgenblätter mitteilen, hat ein Schritt der deutschen Botschafter in Paris und London am Donnerstag der Vermittlung des Wunsches der deutschen Regierung gegolten, daß noch vor Beginn der Genfer Tagung eine Aussprache der Signatarmächte von Locarno über die Erweiterung des Völkerverbindungsstaats stattfinden möchte. Da die englische Regierung diesem Vorschlag nachzukommen bereit ist, erwartet man, daß auch die französische Regierung dem deutschen Wunsch Folge leisten wird.

**London, 5. März.** (Eigener Funterbericht.)  
 Die große Unterhausdebatte über den Völkerverbund hat lediglich ein neues Moment zutage gefördert, nämlich, daß Chamberlain bei seinem bevorstehenden Einsetzen für einen künftigen Ratiss an Spanien auf die Unterzeichnung des Kabinetts rechnen kann. Im übrigen ist aus den Erklärungen Chamberlains und Baldwin's völlig klar geworden, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund bei der kommenden Ratifikation das entscheidende Moment für die englische Regierung darstellt, das heißt, die englische Delegation wird die spanische Kandidatur in Genf nur dann vertreiben, wenn sie auf der Konferenz ausdrücklich die Zustimmung Deutschlands hierzu erreichen kann.

Die Erklärungen der Regierung wurden von der Arbeiterpartei als so ungenügend empfunden, daß sie die einzige geschäftsordnungsmäßige Gelegenheit ergriff, um ihr Mißtrauen gegen das beabsichtigte Vorgehen auszudrücken und die Abstimmung über den Vertragsantrag der Regierung erzwingen. Die ungewöhnlich kleine Mehrheit, die die Regierung hierbei mußerte, war als Stimmungsmeßer bezeichnend.

Nach dieser Debatte gab ein führendes Mitglied der Arbeiterpartei und ehemaliges Kabinettsmitglied seiner Meinung dahin Ausdruck, daß Chamberlain angesichts der Haltung der Öffentlichkeit und des Parlaments den Plan einer Ratifikation durch Spanien zweifellos fallen lassen werde, wenn die deutsche Delegation ihrer Meinung dahin Ausdruck verleihen sollte, daß sie diesen Schritt als eine Verletzung des Geistes von Locarno empfände.

Die entscheidende Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Aussprache über den Völkerverbund, die gegen 8 Uhr abends stattfand, erfolgte mit 224 gegen 124 Stimmen. Besondere Erwähnung verdienen außer 70 Mitgliedern der Opposition auch 200 der Regierungspartei der Stimme.

Der Führer der englischen Arbeiterpartei, Genosse Ramsay MacDonald, machte gegenüber dem Vertreter des „Sozialistischen Monatsheft“ in London folgende Feststellungen zu dem strittigen Völkerverbund: „Ich bin und mit mir die gesamte Arbeiterpartei gegen eine Veränderung in der Zusammenfassung des Völkerverbundes in diesem Monat, die über die Aufnahme Deutschlands hinausgehen würde. Das aus mehreren Gründen: Erstens, weil jede derartige Veränderung natürlich den Eindruck erwecken müßte, als wäre sie von der Furcht vor dem neuen Mitglied diktiert, oder sei der Teil eines Taktspiels gegen dieses Mitglied. Der zweite Grund liegt darin, daß eine Erweiterung der künftigen Ratifikation wäre. Das Problem des Völkerverbundes bedarf gewiß eingehend in den vergangenen Jahren gemachten Erfahrungen aufzuklären, bedeutet formale Lösung, da die gesamten Fragen der nichtständigen Ratifikation, die Frage, welche Nationen für diese in Betracht kommen, die Wahlmethode usw., weiter unbeantwortet bleiben müßte. Ich bin deshalb der Meinung, daß der Rat die Entscheidung darüber zurückstellen und insofern ein Ausschuss ernannt werden sollte, dessen Aufgabe das Studium dieser Fragen und die baldige Berichterstattung über das Ergebnis seiner Untersuchungen an den Völkerverbundrat sein würde.“

**Brüssel, 4. März.** (Eig. Drahtbericht.) Die Kammer setzte am Donnerstag die außenpolitische Debatte fort, wobei Vandervelde abermals das Wort ergriff. Ueber Rußland sagte er, augenblicklich sei von einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen nicht die Rede. Die laufenden Verhandlungen bezweckten nur die Aufnahme normaler Handelsbeziehungen. Er hoffe aber, daß in der Folge auch an diplomatische Beziehungen gedacht werden könne. Zum Völkerverbundproblem stellte er fest, daß keine Partei ihm ein gebundenes Mandat für Genf auferlegen wolle. Ohne sich formell zu äußern, deutete Vandervelde aber an, daß die Frage eines Sitzes an Polen nicht im Zusammenhang mit dem Eintritt Deutschlands erörtert werden dürfe. Im geeigneten Augenblick dürfe allerdings von einer eventuellen Umgestaltung und Erweiterung des Rates gesprochen werden, und da sei er der Meinung, daß Länder, die neutralistische Punkte Europas bilden, einen Sitz im Rate haben sollten. Das treffe für Polen und Belgien, das keinesfalls in dem Augenblick hinausgedrängt werden sollte, wo etwa Polen zugelassen würde. Sich gegen den früheren Außenminister Jaspars wendend, bestritt Vandervelde, daß die Polemit über die Ratserweiterung in Deutschland ihren Ursprung habe, und verlas den Brief eines Diplomaten, der das Gegenteil beweist. Abschließend drückte Vandervelde die feste Hoffnung aus, daß es gelingen werde, in Genf im Geiste Locarnos zu einer verständlichen, befriedigenden Lösung zu kommen.

Die Aussichten auf einen ständigen Ratiss für Polen scheinen nach dem jetzigen Stand der Debatte überaus gering geworden zu sein. Es bleibt Polen die Hoffnung auf spätere Wahl zum nichtständigen Ratissmitglied. Diese zu hintertreiben, hat unseres Erachtens die deutsche Politik kein Interesse. Ruß Polen sich nämlich mit seinen Wünschen immer wieder an ein anderes Völkerverbundmitglied wenden, so befestigt das nur die Politik der Sonderbündnisse, die durch ihre Entstehung ja eine Spitze gegen Deutschland besitzen. Dem direkten, durch Bündnisrückichten nicht behinderten deutsch-polnischen Ausgleich, der für den deutschen Osten wirtschaftlich notwendig ist, wäre damit Schicksal gedient und dem europäischen Frieden nicht besser!

## Beginn des Frankfurterprozesse.

Vor dem Haager Gerichtshof hat Donnerstag vormittag der Prozeß gegen die Frankfurter Franzosen, die in Holland bei dem Einbruch der Deutschen Tausende von Flüchtlingen aufgenommen worden sind und die ganze Standaufnahme ins Rollen gebracht haben. Die drei Angeklagten, Oskari Jankowski, Marjowats und Radolfs bestritten sich auf eine recht kurze und trockene Verteidigung. Sie äußerten sich mit keinem Wort über die Motive ihrer Tat.

**Genf, 4. März.** (Eigener Drahtbericht.) Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Genf hat beschlossen, während des Aufenthalts des ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen in Genf eine öffentliche Protestversammlung zu veranstalten gegen die Bedrückungen und Verfolgungen der ungarischen Arbeiterorganisationen durch die ungarische Regierung. Das Parteiorgan „Le Travail“ bezeichnet Bethlens Besuch in Genf als einen „unerwünschten“ und erinnert lebhaft an die Ermordung der beiden sozialdemokratischen Redakteure Somogyi und Bady in Budapest.

# Die Saboteure.



„Nicht wahr, Herr Gemeindevorsteher, wir kümmern uns nicht um das Volksbegehren. — Wohin sollten wir auch kommen, wenn wir uns darum kümmern müßten, was das Volk begehrt.“

## Im Haushaltsausschuß des Reichstags

wurde am Mittwoch die Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums bei den Titeln Wissenschaft, Bildung und Schule und Gesundheitswesen fortgesetzt. Der Posten für die „Volksgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ wurde um 2 auf 5 Millionen, die Summe für die „Reichs-Wissenschaftsgesellschaft“ um 200 000 Mark erhöht. Ein Antrag, dem Namen Kaiser Wilhelm wegzulassen, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Im Verlaufe der Aussprache trat der Berichtserstatter Dr. Schröder für die Unterstützung der Bibliothek des Deutschen Museums in München, Genosse Dr. Löwenthe in für eine Vervielfachung der Junglehre ein. Abg. v. Guehard (Str.) begründete einen Antrag, als Zuschuß für die Wiederherstellungskosten des Kölner Doms 200 000 Mark zu bewilligen. Minister Dr. Müller hob hervor, daß mit diesem Antrag die Frage aufgerollt werde, ob das Reich die profane und kirchliche Denkmalpflege mit zu übernehmen habe. Er halte es für richtiger, einen allgemeinen Fonds für diese Zwecke einzurichten. Die Aufassung trat auch Genosse Solmann ein.

Am Dienstag abend hatte im Ausschuss eine Aussprache über Schule und Lehrerbildung stattgefunden. Genosse Löwenthe trat für eine einheitliche Lehrerbildung ein, für die er das Abiturientenexamen verlangt. Auch der Minister trat dieser Auffassung bei, während die Deutschenationalen die Oberlehre für genügend hielten. Das Zentrum wandte sich gegen die sozialdemokratische Forderung auf Errichtung einer Simultanakademie für Lehrer, und trat die bekanntlich schon von einem sozialdemokratischen Parteimitglied (Schlicht) gegen einen sozialdemokratischen Antrag, der die Einführung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Fernmittel in den Volk- und Fortbildungsschulen, wie sie im Artikel 145 der Verfassung vorgesehen ist, verlangt.

Am Donnerstag wurde bei der Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums ein Antrag angenommen, den Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Reichsanstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit um 80 000 auf 180 000 Mark zu erhöhen. Bei dem Titel „Förderung der gesundheitlichen Hebung des Volkes“ wurde der Antrag gestellt, die ausgeworfene Summe um eine Million auf 1,5 Millionen zu erhöhen. Die Regierung ließ mitleiden, daß eine reichsweite Regelung des Selbsterhaltungswertes nur angestrebt werde, obwohl nicht erreicht sei. Eine fast zweifelhafte Debatte entspann sich bei einem Posten von 1,8 Millionen, der zur Bekämpfung des Alkoholismus vorgesehen ist. Der Zentrumsgesandte Erising verlangte, daß die Vorlage über das Gemeindebestimmungsrecht ausgesetzt und in einer besonderen Sitzung behandelt wird. Genosse Solmann und der kommunistische Abgeordnete forderten die beschlossene Beratung. Es wurde beschlossen, sofort nach Verabschiedung des Haushalts eine besondere Sitzung des Hauptausschusses zur grundlegenden Erörterung des Gemeindebestimmungsrechts anzusetzen. Die Summe von 1,8 Millionen für die Alkoholbekämpfung wurde bewilligt.

Eine Besprechung des Reichskanzlers Dr. Rath mit den Führern der Regierungsparteien, die am Mittwoch mittag im Reichstagsausschuß der Regierungsparteien zu bilden. Durch ihn soll ein engeres Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Regierungsparteien herbeigeführt werden.

## Aus aller Welt.

### Ein furchtbarer Sturm

wütete in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag im ganzen Reich, vor allem in der Nordsee, in der Ostsee, in der Nordsee und in Berlin. In der Reichshauptstadt wurde eine ganze Anzahl Bäume entwurzelt, Fensterheben zertrümmert und Personen durch herabfallende Dachziegel verletzt. In Danzig wurde Windstärke 7, in Berlin Windstärke 8 gemessen. Die Meldungen aus London besagen, hat das Unwetter auch in England großen Schaden angerichtet. In London wütete ein furchtbarer Hagelsturm; der Hagel lag zentimeterhoch auf den Fensterrahmen. In Birmingham und anderen Städten Mittelenglands wurden Dächer und Schornsteine herabgerissen.

### Mitgegrabene in Wilhelmshaven

Drei junge Mädchen, die in Wilhelmshaven als Hausangestellte tätig waren, haben sich nachts von der Kaiser-Wilhelms-Bride in die Fluten gestürzt. Eine Rettung war in der Dunkelheit nicht möglich. Zwei weitere junge Mädchen, die die gleiche schicksalshafte Wagnis hatten konnten im letzten Augenblick von Passanten an ihrem Vorhaben gehindert werden. Die Leichen der Toten lagerten im Dunkel.

### Der Haftentlassene Fritz Wald

hatte sich vor dem Schöffengericht Charlottenburg wegen verurteilter Einbruchsdiebstahl zu verantworten. Wald ist Mitglied (sonst wegen einiger Jugendsünden, bei denen keine Strafe mehr als eine Million Mark betrug, zu einer langjährigen Jugendstrafe verurteilt worden. Vor dem Charlottenburger Gericht wurde er wegen eines weiteren Einbruchsdiebstahls in der Nähe von Berlin, in der Nähe des Reichstagsgebäude, verurteilt. Wald pflegte, wenn er außerhalb eines erlaubten Einbruchs verurteilt wurde, sofort vollbrachten Tat, meistens nach in derselben Nacht, die geschehenen Verbrechen im Umkleekabinen der Reichshauptstadt.

# Wirtschaft.

## Staatsbankkredite für bauende Gemeinden.

Auf Anregung der preussischen Staatsregierung hat sich die Preussische Staatsbank bereit erklärt, für die Neubautätigkeit der Gemeinden Vorschüsse in Höhe von etwa 50 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise soll es den Gemeinden ermöglicht werden, ihre Neubautätigkeit sofort weiterzuführen und damit einen Teil ihrer Arbeitslosen im Baugewerbe zu beschäftigen.

## Die Konurse mehrten sich wieder.

In der letzten Februarwoche hat sich nach den Feststellungen des Reichsstatistischen Arbeitsamts die Zahl der Konurse erhöht, nachdem sie bereits in der dritten Februarwoche angezogen hatte. Auch die Zahl und Summe der Wechselprotelle wieder gestiegen. Wir geben die Entwicklung in folgender Aufstellung wieder:

1918	Konurse	Wechselprotelle	(in Mill. Mark)
1. Januarwoche	188	—	3,8
1. Februarwoche	562	6787	7,2
2. "	517	5370	6,6
3. "	489	5231	7,0
4. "	495	—	—

## Keine Pfändung von Produktionsmitteln.

In einer kleinen Anfrage wurde darauf hingewiesen, daß in Ostpreußen den bäuerlichen Besitzern ihre notwendigsten Inventarien — Vieh, Werkzeuge, Zentrifugen, Mähdrescher oder sonstige Geräte — vom Finanzamt zwangsweise verpfändet werden, und das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, die Reichsregierung zur Aufgabe dieses rigorosen Vorgehens der Finanzämter zu veranlassen und vor allem dafür zu sorgen, daß auf keinen Fall Produktionsmittel gepfändet werden dürfen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, wies der Finanzminister in seiner Antwort auf einen Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 17. Juli 1924 hin, in dem der Finanzminister die sorgfältige Prüfung zur Pflicht gemacht wird, ob durch die Ablehnung eines Stundungsgesuches etwa die Aufrechterhaltung eines Betriebes gefährdet würde. In diesem Falle wird ersucht: „Machinen, die zum Anlagekapital gehören, werden im allgemeinen als unentbehrlich für den Betrieb anzusehen sein. Selbst wenn sie infolge der gegenwärtigen Wirtschaftslage vorübergehend stillliegen. Bei der Landwirtschaft wird durch Wegnahme der Jungtiere, einschließlich der für die Einbringung der Ernte erforderlichen, der Betrieb regelmäßig gefährdet werden.“

## Exportsteuerung auf Kosten der inländischen Verbraucher.

Die österreichische Regierung beabsichtigt, eine besonders bedenkliche Art der Exportsteuerung durch Steuererhebung einzuführen. Der Industrie, vor allem der Exportindustrie, will man Erleichterungen auf folgende Weise zuteil werden lassen: Die sogenannte Fürsorgeabgabe, die vier Prozent der von den Unternehmen ausgehenden Lohn- und Gehaltsbeträge ausmacht, soll nach dem Regierungsplan abgeschafft und die Beiträge der Unternehmer und der Arbeiter zu der Arbeitslosenfürsorge auf die Hälfte herabgesetzt werden. Der Steuerertrag von etwa 200 Millionen Schilling, der sich ergeben dürfte, soll durch Erhöhung der Umsatzsteuer ausgeglichen werden. Es wäre etwa die Verdoppelung der gegenwärtigen Umsatzsteuer nötig, um diesen Verlust zu decken. Die exportsteuernde Wirkung dieser Steuermaßnahme besteht darin, daß die Umsätze für ausgeführte Artikel, die gegenwärtig nur zu 40 Prozent erhalten sind, in der vollen Höhe rückvergütet werden soll. Es handelt es sich um ein Dumpingssystem mit staatlicher Hilfe. Hochhaltung der Preise für den inländischen Verbrauch, um die Erhaltung der Exportpreise zu bewirken. Diese antisoziale Art der Exportsteuerung durch Niederdrückung der an sich armen Lebenshaltung wird auch wirtschaftlich nicht von dauerndem Nutzen sein können. Die anderen Staaten werden davon eine Subventionierung der Industrie erblicken, die sie mit Einführung von Dumpingzöllen gegen Österreich beantworteten werden.

## Steigerung der Weiterzeugung von Petroleum und Benzin.

Die jüngst veröffentlichte Statistik über die Petroleum-erzeugung im Jahre 1925 zeigt eine neue schwinghafte Steigerung der Produktion. Diese liegt von 1006 Millionen Kub 1924 auf 1140 Millionen 1925. Diese Erhöhung um beinahe 14 Prozent gibt an sich noch kein klares Bild der Lage. Dank technischer Verbesserungen der Ausbeutungsmethoden steigert sich von Jahr zu Jahr das Verhältnis, in welchem aus Rohöl Benzin gewonnen wird. 1909 betrug es 11 Prozent, 1911 19 Prozent, 1925 27,9 Prozent, im vergangenen Jahre dagegen 31,5 Prozent. Heute wird also aus dem zehnten Rohöl fast dreimal soviel Benzin gewonnen als vor 16 Jahren und 4,7 Prozent mehr als 1924. Auf diese Weise war die Erhöhung der Benzinherzeugung im vergangenen Jahre in Wirklichkeit nicht 14, sondern 18-19 Prozent. In den Vereinigten Staaten war die Erhöhung der Petroleum-erzeugung noch größer als im Durchschnitt sämtlicher Länder und betrug 22 Prozent, unter Berücksichtigung der vermehrten Benzingerinnung 30 Prozent. Der Bedarf steigt jedoch infolge des Aufschwungs des Automobilverkehrs noch mehr als die Produktion. Die dem Umstand ist es zuzuschreiben, daß der Standard Oil-Trust überall riesige Vorräte aufgehäuft und mit deren Hilfe die Preise stellenweise um 24 Prozent in die Höhe getrieben hat.

Wie er dann unter solchen Namen in ersten Hotels ab und trat in der Masse eines reichen Juwelierehndlers aus Westdeutschland, mit dem Abnehmer, die größtenteils in guten Glauben handeln, in Verbindung. Er verfügt über eine glänzende kaufmännische Begabung. In der Untersuchungsfahrt schrieb er eine moralisch-philosophische Abhandlung, in der er sich als Anhänger Schopenhauers bezeichnet.

### Eine blutige Chetragodie

ereignete sich Donnerstag vormittag in der Falkener Straße 21 in Berlin. Das unglückliche Ehepaar Sedelle — der Mann ist 60 Jahre alt, die Frau 13 Jahre jünger — war im Begriff, sich niederzusetzen und den Weg zum Gericht anzutreten, als der Chetragodie ohne jede weitere Erklärung seine Frau in den Hals schoß und sich selbst das Leben nahm. Der Zustand der Frau ist hoffnungslos.

### Sturm auf das Weltbild.

Primitivste Bahnsinnenszenen spielten sich an der New Yorker Börse im Zeichen der jüngsten Welle in den Dow Jones-Indizes des Donnerstags ab. Vor Schluß gab die Börse sich einseitig einem Tollwut. Vor den Aktienfremden wurden Börsenspekulanten handgemein. Kleider wurden zerissen, Hais an Leben gerinnung. Die Aktienwerte erreichten die Rekordhöhe von 637 000 Dollar. Von den Fonds wird die Nachricht am Dienstag und Mittwoch auf eine hohe Stelle an der Börse gesetzt.

### Eine englische Expedition in Tibet

Der Sozialminister bezeichnet eine Meldung aus London, wonach die englische Tibetexpedition, die mehrere von der tibetischen Regierung angekauften elektrische Maschinen nach Tibet bringen sollte, von Tibetanern bis auf den letzten Mann niedergemetzelt worden sei. Die gesamte Expedition wurde vernichtet und ein hoher Vorkommandant, Dr. Mitchell, der Expedition waren ausnahmslos Tribut, die die Expedition in Tibet, das kein Eingeladener betreten darf, vorzuschießen sollen.



**Stadt-Theater**  
 Freitag 7 1/2 Uhr:  
**Das verfertigte Leben**  
 Sonnabend 7 Uhr:  
**"Aida"**  
 Sonntag 3 1/2 Uhr:  
 (Kostell. zu ermäßig. Preisen)  
**Les petits riens**  
**Die Ninken von Athen**  
 Sonntag 7 Uhr:  
**Bohngrin.**

**Lobetheater**  
 Döllingstr. 8, Tel. 316.6774  
 Freitag, Sonnabend,  
 abends 8 Uhr:  
**Mar und Giespastr.**  
 Sonnab. nachm. 3 1/2 Uhr:  
**Das große Welttheater.**

**Balltheater**  
 Schwerstr. 3, Tel. 316.6700  
 Freitag, Sonnabend,  
 abends 8 Uhr:  
 Volksvorstellungen  
 zu ermäßigten Preisen  
**Der fröhliche Weinberg.**

**Schauspielhaus**  
 Operettenbühne.  
 Tel. Stephan 37400.  
 Freitag 8 Uhr:  
**Waldiedsgastspiel Ell Leuz**  
**Die Terefina.**  
 Sonnabend 8 Uhr:  
 Auftreten Walter Jankuhn  
 Zum 1. Male:  
**Paganini.**  
 Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:  
**Der Orlow.**  
 Sonntag und täglich 8 Uhr:  
 Auftreten Walter Jankuhn  
**Paganini.**

**Liebig-Theater**  
 Telefon: Stephan 34 646.  
 Der größte  
 Sensations-  
 Erfolg seit  
 20 Jahren:  
**"Rastelli"**  
 Das  
 8. Welt-  
 wunder  
 Dazu das  
 große Messe-  
 Programm  
 u. a.:  
**Charly Rivals**  
 Der Sorgenbrecher  
 am Trapez.  
**4 Karth's**  
 Harmonika-  
 Virtuosen.  
 Auftritte von 25 Pl. an.  
 Jeden Sonntag 7 1/2 Uhr:  
**Kabarett-Vorstellung**  
 an beiden Proben.  
 Jugendliche haben Zutritt.  
**Bitte** bei allen Ein-  
 tritten Plets  
 bei Späterem, wenn  
 möglich, an beiden Proben

**Deutscher Verkehrsbund Verwaltungsstelle Breslau.**  
 Sonnabend, den 6. März, in beiden Sälen des Gewerkschaftshauses  
**Großes Wintervergnügen**  
 Radfahrer-Kunstreiten / Turnerische Vorführungen / Festansprache u. lebendes Bild / Tanz  
 Einlaß 6 1/2 Uhr. Eintritt 1 Mk. inkl. Steuer.  
 Die Ortsverwaltung.

**Wer ist der Kopf?**



Die Antwort für alle Breslauer bringt die  
 Uraufführung:  
**Douglas Fairbanks**  
**Der Dieb von Bagdad.**  
 Ein Filmwunder an Regie, Darstellung  
 und Sensation.

**Ah-Lichtspiele** Täglich 3 Uhr  
 4,45 6,30 8,30

**Promenaden-Theater** Täglich 5 Uhr  
 6,45 8,30

**Kasche's Restaurant**  
 Lindenstraße 21  
**"Brotbierfest"**  
 vom 1. bis 6. März  
 in den festlich dekorierten Sälen  
 mit künstlerischen Darbietungen  
**Saxband-Revale**  
 Anerkannt gute, billige Küche.

**Billiger Fleischverkauf!**  
 Schmalzbraten . . . 90 Pf. bis 1.20 Mk.  
 Rindfleisch . . . 70-90 Pf.  
 Rindfleisch ohne Knochen . . . 1.00-1.20 Mk.  
 Hammelfleisch . . . 80 Pf. bis 1.00 Mk.  
 Gansfleisch . . . 80 Pf.  
 Gänsebraten . . . 1.20-1.40 Mk.  
 Kalbfleisch . . . 90 Pf. bis 1.20 Mk.  
 Kalbsbraten . . . 80 Pf.  
 Fleisch u. Leberwurst . . . 70 Pf.  
 Kalbswurst und Mortadella . . . 70 Pf.  
 Weiße Zerklebswurst . . . 70 Pf.  
 R. Aufschnitt . . . 49 Pf.  
 sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren zu  
 billigen Preisen erhältlich

**Adolf Weiss, Metzger**  
 Hauptstr. 11, L.  
**Proletariat!**  
 Hauptstr. 11, L.  
 (in der Nähe des  
 Gewerkschaftshauses)

**Wartburg Lichtspiele**  
 Die gewaltige  
 Sensation!  
**Unter freier Flagge**  
 Ferner: **Jackie Coogan** in seiner  
 besten Rolle  
**Der kleine Bettelmusikant**  
 Sonntag 3 Uhr: Große Kindervorstellung:  
**Der kleine Bettelmusikant und Groteske.**

**Röstritzer Schwarzbier**  
 das Bier für Sie!  
 Dr. med. M. in C. (2603)



Röstritzer Schwarzbier verdient den  
 alten Namen. Ammenbier mit Recht. Gerade  
 die jungen Mütter, die ihr Kind stillen, sind  
 außerordentlich erfreut, wenn ihnen nach all  
 der reizlosen Kost ein so anregendes, etwas  
 bitter schmeckendes Getränk dargeboten wird.

Erschäftlich bei Carl Dienrich, Biergroßhdlg., Breslau 10,  
 Matthiasstraße 67/71 a, Fernspr. Ring 87 und 848,  
 und in allen durch Plakate kenntlichen Geschäften.

**Nicht kaufen!!!**

bevor Sie sich von der Realität  
 unseres Angebots überzeugen.

Elegante Damen-Spangenschuhe  
 in modernsten Formen . . . nur **5.95**

1a schwarze Leder-Damen-  
 Schnürschuhe . . . nur **6.95**

Wildleder-Damen-Spangenschuhe  
 in schwarz und braun . . . nur **7.95**

1a weiße Leinwand-Damen-Schnür-  
 schuhe in mod. Formen nur **3.95**

Große Auswahl in  
 Herren-, Damen-, Knaben-,  
 Mädchen- und Kinderschuh  
 sowie  
**Konfirmanten-Schuhe.**

**Schuhhof**  
 nur  
**Schmiedebrücke 29a**  
 Hof 1 Treppe Hof

Die „Frauenwelt“ den Frauen  
 Zum Lesen, Denken und Schauen!

**„Frauenwelt“**  
 eine Halbmonatsschrift für die Frau  
 des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.  
 Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern

**T. d. N.**  
 Fürstenastraße Nr. 32 10892  
 Ab Freitag, den 5. März  
 Das große Ereignis  
**Tornado**  
 Entfesselte Gewalten.  
 Im großen Lustspielprogramm  
**Baby Peggy, Brownie, Eddie Polo**  
**Deulich-Woche** — 14 Akte  
 1. Vorstellung 6 Uhr, 2. Vorstellung 8 1/2 Uhr  
 Sonntag ab 4 Uhr  
**Sonntag Gr. Jugendvorstellung**  
 Einlaß 2 1/2 Uhr.

**Stiebler's Röstkaffee**  
 verdankt seinen Ruf der peinlichen Sorgfalt  
 in der Auswahl der Kaffees, die zu den  
 Mischungen Verwendung finden und der er-  
 fahrungsreichen sachmännlichen Behandlung  
 beim Rösten, welche eine volle Erschließung  
 des Aromas verbürgt.

**Täglich frische Röstung.**

Haushalt-Mischung . . .	1/2 kg	2.80, 3.00, 3.20
Nr. 4: Hotel-Mischung . . .	1/2 kg	3.80
Nr. 5: Karlsruher Mischung . . .	1/2 kg	3.80
Nr. 6: Karlsruher Edel-Mischung . . .	1/2 kg	4.20
Nr. 8: Hochland-Mischung . . .	1/2 kg	4.40
Nr. 9: Mannum-Mischung . . .	1/2 kg	4.60
Nr. 10: Jubil.-Mischung in eleganter mit. Althilberdose à 1/2 kg Inhalt 4.00		

Um die geehrte Kundschaft von der Güte  
 unseres Kaffees zu überzeugen, verabreichen  
 wir in unserer Zentrale Zwingerplatz  
 Freitag und Sonnabend  
**Gratis-Kostproben.**  
**Es-Schokolade**  
 Als gute und preiswerte Qualitäts-Marken  
 empfehlen wir:

**Altegeth**

Schmelz  
 100-gr.-Zfl. 0.35  
 3 Tafeln . . 1.60

Vollmilch  
 100-gr.-Zfl. 0.40  
 200. . . 0.70

Stieblers Schmelz . . . 100-gr.-Zfl. 0.25  
 Vollmilch . . . 0.30  
 Butter . . . 0.50

**Kodi-Schokolade**  
 Block-Schokolade . . . 1/2 kg Block 0.35  
 Schokoladen-Pulver . . . 1/2 kg 1.20, 1.60

**Konserven**  
 Solange unsere Vorräte reichen, verkaufen  
 wir noch zu ermäßigten Preisen. Von unserer  
 reichhaltigen Auswahl nennen wir  
 als besonders günstig:

**Schnittbohnen, junge, Dose à 1 kg**

bei	1	5	10	25	50	Dosen
Mt.	0.80	0.50	0.38	0.27	0.26	per Dose

Rohrbrat mit Grün . . . Dose 1 kg 0.48  
 Spina, die eingetocht . . . 1 kg 0.48  
 Karotten, geschnitten . . . 1 kg 0.45  
 Gemüses Gemüse . . . 1 kg 0.80  
 Apfelsin . . . 1 kg 0.80  
 Birnen, weiß, halbe Frucht . . . 1 kg 0.90  
 Blaue Pfirsiche . . . 1 kg 0.65  
 Pfeffer Paprikawellen . . . 1 kg 1.25

**Butter und Sette**  
 Schlechte Rollereibutter, extrafein . . . 1/2 kg 2.20  
 Amerikanisches Schweinefleisch . . . 1/2 kg 0.35  
**Bacon** wie feinstes Schmalz 1/2 kg **0.80**  
 Amerikanischen Käses, geräuchert 1/2 kg 1.10  
 Da wir selbst importieren und selbst räuchern,  
 bieten wir den Vorteil der Billigkeit und die  
 Garantie für frischeste Ware.

**Stiebler's Feinkost**

Bildlinge . . .	3 1/2 kg-Riste	1.70, 1/2 kg 0.25
Spratten . . .	1 1/2 kg-Riste	1.30, 1/2 kg 0.45
Hültenale . . .		Bund 1.00
Seringe in Gelee		
Dose 1/2	1	4 Liter
	loje 1/2 kg	
	0.48	0.85
	3.50	0.60

**Differenz-Verhältnisse**

Dose	1	2	4	6	Büer
	0.25	1.60	3.00	5.00	

Schweizer Käse, großgetocht . . . 1/2 kg 1.60  
 Soll. Sommer Käse . . . 1/2 kg 1.10  
 Zinner und Hamburger Käse . . . 1/2 kg 0.88  
 Jordansmüller Stangenkäse . . . 1/2 kg 0.30  
 Harzer Käse . . . 1 1/2 kg-Riste 1.30, 1/2 kg 0.45  
 Holländer Salamiwurst . . . 1/2 kg 1.80  
 Holländer Zerklebswurst . . . 1/2 kg 1.80  
 Hammus, Zerklebswurst . . . 1/2 kg 1.60  
 Rindfleisch mit Speck . . . 1/2 kg 0.80  
 Rindfleisch . . . 1/2 kg 1.60  
 Braunschweiger Leberwurst . . . Dose 1/2 kg 0.80  
 Braunschweiger Rohwurst . . . Dose 1/2 kg 1.00  
 Erbsen mit Schweinefleisch . . . Dose 1/2 kg 0.80

Verlangen Sie unsere neue Preisliste

**Breslauer Kaffee-Rösterei**  
**Otto Stiebler**  
 Breslau, Zwingerplatz 5, u. 28. Hütten.  
 Größtes Import- und Verkaufshaus  
 im Osten Deutschlands.



Eilt heut und morgen zur Flugblattverbreitung!

Das von der bürgerlichen Presse belogene Volk braucht noch dringend Aufklärung über Fürstentum und Volksbegehren.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 5. März.

Der erste Tag.

Am gestrigen Tage hat der Aufmarsch des Volkes gegen den Raubzug der Fürsten begonnen. Waren die Aufklärungsversammlungen darauf abgefeuert, Mahn- und Bedrufe zu sein, die selbst die Bauern aufstacheln sollten, war die Propaganda der Arbeiterpresse für eine entschuldigungslose Entzweiung der früheren Potentaten die Kontermine auf die Unterzeichnung der reaktionären Zeitungen, so hat am Mittwoch vormittag die Bildung der Front aller Republikaner eingeleitet.

Vor der Bestattungshalle

kaute sich bereits kurz nach 10 Uhr ein Ausgebot von Hunderten, das von Minute zu Minute anstiege. Mit Ach und Krach konnten die Beamten, mit Bangen der Leiter dieser Eintragungsstelle in das Gebäude. Es drohte ein Sturm der zum größten Teil aus Erwerbslosen bestehenden Menge auf das Lokal. Kurz vor 11 Uhr war die Bestattungshalle von den eng aufgeschlossenen Reihen abgeriegelt. Die Schupo mußte alarmiert werden, um die Straße für den Verkehr frei zu machen, um die Lage und die Ordnung zu retten. Das hier nicht zur Erleichterung der Stimmung beizutragen, ist selbstverständlich. Denn gerade die Masse hat ein feines Gefühl dafür, daß man ihr die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte nicht unnötig erschweren darf. Um elf Uhr öffnete man mit einer ganzen Reihe weltlicher Besorgnisse die Bestattungshalle. Tumultuarische Szenen schienen bei diesem Niesenandrang unmerklich. Das Schupoangebot war mittlerweile verflüchtigt worden. Aber da zeigte es sich, daß die gewerkschaftliche Disziplin härter ist als alle - geprüften oder wehrhaften - Hilfsorgane der Behörden. Man hielt von selbst Ordnung, sorgte dafür, daß nicht unnötig gedrängt wurde, sodaß die Schupo nicht mehr zu dekorativen Figuren wurde. In einer halben Stunde hatte dann die Abwicklung der Eintragung normale Bahnen eingeschlagen, nicht etwa, weil sich die Organisation der Stadt, sondern weil sich die Disziplin der Massen als ausreichend erwiesen hatte.

Trat man in den großen Saal der Bestattungshalle, so ist an der linken Längswand eine Reihe von Tischen aufgestellt, über denen Tafeln mit den Nummern der Wahlbezirke gespannt sind. Es sind hier 22 Unterabteilungen geschaffen worden, von denen jede 10 Wahlbezirke zu bearbeiten hat. Zwei bis vier Beamte sind für jede Unterabteilung vorgesehen. Sie sind nachzusehen, ob die einschreibenden Staatsbürger in der Wahlkarte stehen. Im Falle der Wahl, so treten diese an einen der zweiundzwanzig Tische, die quer im Saale aufgestellt sind und lassen sich einzeichnen. Dann erhält jeder den Ehrenausweis der Partei darüber, daß er seiner staatsbürgerlichen Pflicht genügt hat.

Bis mittag hatten sich etwa 1500 Personen eingetragen, ein sehr erfreuliches Ergebnis. Etwa die gleiche Anzahl erschienen im Laufe des Nachmittags. Zu erwarten ist, daß der Andrang an den kommenden Tagen nicht nachlassen wird.

In der Tagungshalle.

Schon lange vor 11 Uhr hatten sich im Hofe vor der Tagungshalle eine größere Anzahl Männer, zumeist Arbeitslose eingefunden, um ihrer Eintragungspflicht prompt nachzukommen. Der ganze Betrieb geht höchst eintrüchlig vor sich. Gleich am Eingang bekommt man seine Wahlbezirksnummer, wobei zunächst nur Straße und Hausnummer anzugeben ist. Damit geht man ein Stückchen weiter nach rechts zur Listenkontrolle, gibt hier Namen, Straße und Hausnummer an, wenn der Betreffende in der Karte steht, wird sein Feld hier gestempelt, außerdem aber auch der nummerierte Wahlzettel, mit dem man schließlich an eine andere Tischreihe geht, die Nummer hier abgibt und sich in die Karte einträgt. Also von großen Umständlichkeiten kann keine Rede sein. Auf diese Weise konnte der schon in der zwölften Stunde einsehende große Andrang - bis 12 Uhr waren Wahngangsweise schon 1000 Personen abgefertigt - reibungslos bewältigt werden.

Vom Neumarkt aus, wo vormittags eine Arbeitslosenversammlung stattgefunden hatte, marschierten zwei größere geschlossene Züge getrennt zur John- und Bestattungshalle. Dazu kam noch ein fester Trupp Frauen aus einer Gewerkschaftsversammlung im Zentralbauhof. Man sah aber nicht nur Arbeitslose, sondern auch bürgerliche Leute, besonders Kleinrentner. Ein alter Mann mit schneeweißem Haar erschien mit seiner auch schon recht betagten Frau, um ältlicher seinen Namen in die Liste zu schreiben. Es war ein Kleinrentner, dem Gewissenhaftigkeit in die Bestattungshalle treibt! Möchten sich an diesem trauen Alten viele ein Beispiel nehmen.

Der Verkehr in der Tagungshalle war auch während des Nachmittags erfreulicherweise sehr reger und war keine Eintragungspflicht erfüllt hatte, bekam dann beim Verlassen der Halle den in der gestrigen 'Volkswacht' poetisch behandelten Ehrenausweis durch einen Parteigenossen in die Hand gedrückt. Die in der Tagungshalle verteilte Schupo regelte bei größerem Andrang den Menschenstrom am Eingang. Im übrigen ging alles ruhig und geordnet zu. Ein besonderer Ausnahmisdienst war vom Magistrat in der Halle eingerichtet. Manah einer, der nicht in der Liste stand, mußte nach dem Wahlnam im Rathaus, ersten Stad, Zimmer 33, gemeldet werden und zwar in Fällen, wo die Ausfertigung eines Eintragungsscheines notwendig war.

Im Wahlamt im Rathaus

melten sich im Laufe des ersten Eintragungstages viele Männer und Frauen, die aus irgend einem Grunde nicht in den Listen standen. In einzelnen Fällen wurden hier besondere Maßregeln angeordnet, wieder andere wurden angewiesen, sich von der Behörde desjenigen Ortes, wo sie Ende November vorigen Jahres gerade in Arbeit standen, den Eintragungsschein umgehend nach Breslau senden zu lassen. In der riesigen Kartothek des Wahlamtes wird für jeden Breslauer Bürger über 20 Jahre eine Wahlkarte geführt und auf diese Weise kann jedem die gewünschte Auskunft erteilt werden. Es verdäme also niemand seine Pflicht, die weder mit großen Umständlichkeiten noch mit Zeitverschwendung verknüpft ist.

Der Turnvater John, der in Form einer großen Glasbüste in der nach ihm benannten Halle auf einer Nischenkonsole steht, wird sicher seine helle Freude daran haben, wenn recht viele Breslauer ihre Pflicht erfüllen, denn auch er war ja nicht bloß der bekannte Turnvater, sondern auch ein Freiheitskämpfer, was man uns in der Schule allerdings nicht gelehrt hat. Kaiser John läßt vor Freude im Grabe, wenn der Fürstentumstourist...

- Steuerkalender für März 1926.
5. März: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die vom 21. bis 28. Februar eingehaltene Lohnsteuerbeiträge. Keine Schonfrist.
10. März: Umfassende Vorauszahlung und Voranmeldung der Monatsabgabe für Februar. Schonfrist: eine Woche.
15. März: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die vom 1. bis 10. März eingehaltene Steuerbeiträge. Keine Schonfrist.
15. März: Grundvermögenssteuer nebst Gemeindefuhrlohn, sowie Hauszinssteuer. Schonfrist: eine Woche.
25. März: Steuerabzug vom Arbeitslohn für die vom 11. bis 20. März eingehaltene Steuerbeiträge. Keine Schonfrist.
27. März: Endtermin für die Abgabe der Einkommen-, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuererklärung für das Jahr 1925. Vorauszahlungen erfolgen nur noch vierteljährlich, in diesem Monat - also nicht.
31. März: Ablauf der verlängerten Umsetzfrist für Mitgliedschaft an Reichsanleihen.

Aufruf zur Massenfundgebung der Sozialdemokratischen Partei Sonntag, den 7. März vormittags 11 Uhr auf dem Neumarkt und Ritterplatz.

- Sammelplätze der einzelnen Abteilungen:
Abteilung Süden: um 9 Uhr am Brausebad, Sabowastraße,
Strechener Tor: um 9 Uhr an der Hubenstraße, Ecke Lehngrubenstraße,
Schlauer Tor: um 9 1/2 Uhr am Mauritiusplatz,
Südwest: um 9 1/2 Uhr am Museumsplatz,
Gräßhöfen: um 9 Uhr Brandenburger Straße, Ecke Gräßhöfener Straße,
Innere Stadt: um 9 Uhr Herrenstraße, zwischen Nikolaistraße und Neuhäfelstraße,
Pöpelwitz: um 9 Uhr am Schlammhof,
Nikolaiort: um 9 1/2 Uhr am Wachtplatz,
Oberitz: um 9 Uhr Mehlgasse, vor Baude,
Sandtor: um 9 1/2 Uhr am Bauhofplatz,
Scheitnig: um 9 1/2 Uhr am Bauhofplatz.
Die Leitung der Kundgebung steht am 'Gabeljürgen'.
Volksgenossen! In diesem Tage müht ihr zu Jehntausenden öffentlich gegen die Fürstenabfindung demonstrierend!

Achtung, Arbeiterkamerader!

Für den Wachdienst zur Demonstration am Sonntag haben sich alle Mitglieder der Kolonne zur Verfügung zu stellen. Die für die sportlichen Unternehmungen bestimmten Mitglieder der zweiten und fünften Abteilung gehen nach Beendigung derselben nach der im Oberpräsidium am Neumarkt eingerichteten Wache und stellen sich dem Leiter des gesamten Sanitätsdienstes, Genossen Seidel zur Verfügung. Alle übrigen Mitglieder gehen nach dem nächsten Sammelplatz ihrer Vorstadt und begleiten den Zug bis zum Neumarkt und begeben sich nach dem Eintreffen in die Wache im Oberpräsidium. Von dort erfolgt die Einteilung. Die angelegten Geräte haben spätestens um 10 Uhr in der Wache zu sein.

Sieben eingetroffen

Ist das Märzheft des 'Bücherkreises'. Es behandelt als zweites Literaturheft die Deutsche Romantik. Wir bitten alle Mitglieder um schnellste Abholung. Es ist dabei der Märzbeitrag (1 Mark) zu entrichten. Ebenso liegen die bestellten Einbanddecken zur Abholung bereit.

Geht lesen und überlegen, dann unterschreiben.

Werber für Zeitschriften, deren Bezug mit einer Versicherung verknüpft sind, sind zurzeit unermüdlich tätig, neue Abonnenten zu werben. Meistens hat das 'Kind' der Zeitschrift nur den Namen Versicherung, während sich dahinter größter Schwindel verbirgt. Für heute nur zwei Beispiele, wie Versicherungen, wenn sie wirklich Versicherungen sein sollen, nicht ausfallen dürfen:
Das Familienblatt 'Nach Feierabend' versichert jeden Abonnenten nach dem § 1 mit 750 Goldmark nach einmonatigem Abonnement, 1000 Goldmark nach einjährigem Abonnement auf den Fall des Todes durch Unfall, 8000 Goldmark nach einmonatigem Abonnement auf den Fall dauernder Ganyinaktivität durch Unfall, bis 300 Goldmark nach einmonatigem Abonnement auf den Fall dauernder teilweiser Inaktivität durch Unfall gemäß § 4 dieser Bedingungen. Soweit läßt sich das ganz nett an. Gleich kommt jedoch der Pferdesport. Der Abonnent darf das Abonnement nicht unterbrechen haben.

Als Unfälle gelten nicht: Injektions- und Invasionskrankheiten, sowie innere Vergiftungen, Erkrankungen infolge psychischer Einwirkungen, die Folgen von Temperaturerhöhungen, insbesondere Erkrankungen, Erfröhen, Sonnenstich, Hitzschlag.

Es kommt jedoch noch besser, kratzt doch der § 6 folgendermaßen:
Nicht entschuldigungspflichtig sind Todes- und Invaliditätsfälle, verursacht durch herbeigeführt durch Krieg, Aufruhr, Beteiligung an einem Raubhandel durch offensichtbare Trunkenheit, innere Erkrankungen, Schwindel, Schlag- und epileptische Anfälle durch deren Folgen, Bruchleiden, Operationen mit Ausnahme solcher, welche durch einen Unfall im Sinne dieser Versicherung bedingt sind, und Unfälle, welche von der verletzten Person verursacht durch herbeigeführt sind durch grobe Fahrlässigkeit oder durch grobachtiges oder grobachtiges Nichtbeachten der für den Schutz von Leben und Gesundheit bestehenden Vorschriften und gesetzlichen Vorschriften, Unfälle, welche sich beim Begehen einer nach dem Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich als Verbrechen oder Vergehen strafbaren Handlung ereignen, sowie Unfälle, welche sich in Sprengstoffbetriebe ereignen. Ausschlüsse von der Versicherung sind ferner Drogenvergiftungen, Beiz-

und Unterleibsbrüche aller Art, gleichviel durch welche Veranlassung sie entstanden sind, sowie die Folgen derselben, endlich Blutungen aus inneren Organen ohne erkennbare äußere Verletzungen, sofern sie nicht Folgen eines Unfalls sind. Das sind nur kurze Ausschnitte aus der famosen Versicherungsparagrafenwilderei. Sie genügen aber, jedem denkenden Menschen zu sagen, daß es nur ganz selten der Fall sein wird, in den Genuss der Versicherungssumme zu kommen. Ganz ähnliche Bedingungen hat auch 'Böhms Familienhilfe', eine Familien- und Wohnzeitung, die gleichfalls glaubt, mit herartigen Mitteln Abonnenten werben zu können. Die Werber rechnen dabei stark auf die Gedanklosigkeit ihrer Mitmenschen. Ihr Prinzip ist, nur schnell unterschrieben und nicht lesen lassen, was hinten im Versicherungsausweis steht. Wir können nur immer wieder empfehlen, vor Leistung von Unterschriften alles gut durchzusehen. Wer sich aber versichern will, der gehe zur 'Volkswacht', die als eigenes Unternehmen der organisierten Arbeiter die beste Gewähr bietet, treu und zuverlässig zu sein.

Kampfesruhe Stunden bei unseren Kleinen!

Am 23. Februar fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses das erste Elternfest der Arbeiterkinderfreunde statt. Schon lange vor Beginn der Veranstaltung waren Saal und Galerie dicht besetzt. Wenige Minuten nach 7 1/2 Uhr (dem festgesetzten Beginn) öffnete sich der Vorhang und nun zeigte sich ein recht schönes Bild. Jungens und Mädels mit munterem, hellem Blick und geröteten Wangen und in schlichter Kleidung standen im Halbkreis. Davor hatte eine kleine Musikgruppe Aufstellung genommen und begann mit dem fröhlichen Kampfeslied: 'Wir streiten in der Siennennacht'. Ungewollt erhielt man bei den Klängen der Musik und dem Anblick der strahlenden Kindergeichter das Gefühl, daß sich diese Kinder ihren Weg aus Nacht und Finsternis bahnen und unsere roten Fahnen zu weiteren Siegen tragen werden. Gut geordnet folgten nun die einzelnen Vorträge. Einer den anderen ergänzend. Das Schattenspiel 'Das proletarische Kind' zeigte Begebenheiten, die sich täglich wiederholen in all ihrer tragischen Erbarmlichkeit. Die Sorgen der Mütter um die Kinder; der Vater bei künftigen Lohn im Erwerbsteuern, stets fern der Familie; die Kinder unbeaufsichtigt, sich selbst überlassen, spielend auf der Straße und all ihren Gefahren ausgeliefert; hagen das Kind der Besten in der krummger Kinderstube unter Obhut eines Kindermädchens. Ist die Schule aus, so sehen wir die abgemühten, unterernährten Kinder mit verdorrten heißen durch Zeitungstagen, Hautieren mit Streichhölzern usw. Oft müssen die Kinder auch betteln. Weitere Bilder zeigten, wie die Kinder den mannigfaltigsten Redungen nicht widerstehen können, dies oder jenes ergreifen, denn 'Gott' läßt ja Nahrung für alle Menschen wachsen. Warum nicht auch für die armen, hungernden Kinder? Aber er ist ja nur ein Gott der Reichen!

In der weiteren Folge sehen wir nun die Kinder bei frohem Spiel und Tanz. Das einleitende Chorlied 'Ein Männlein steht im Walde' lag den Kindern sehr gut und fand besonderen Anklang. Es machte sich sichtbar das Recht der Kinder auf gute, reine Freude gestand und eben mit derselben Freude waren die zwei Stunden erfüllt.

Doch vergessen wir Eltern nicht die mahnenden Worte eines Freundes. Überlassen wir die Sorge um Kinder sowie deren Erziehung nicht nur den wenigen, jetzt schon überlasteten Helfern, sondern laßt uns hier eifrig mitarbeiten. Wie das geschehen kann, wollen wir in der nächsten Elternversammlung erfahren. Gönnet wir unseren Kindern die knappen Stunden der Freude, geben wir ihnen das Rüstzeug für spätere Zeit. Das können wir am besten in ernster, pflichtbewusster Mitarbeit zum Wohle unserer Kinder, für den Sozialismus! Seige.

Zu dem vorstehenden Bericht teilen uns die Arbeiterkinderfreunde mit, daß die erwähnte Elternversammlung am 23. März im Gewerkschaftshaus stattfindet. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt ein Vortrag über 'Grundfragen sozialistischer Erziehung'.

Kommunalpolitische Arbeitsgemeinschaft.

Am Mittwoch abend tagte im Gewerkschaftshaus zum ersten Male eine gemeinsame Versammlung von parteigenösslichen Stadträten, Stadtverordneten, Bezirksvorstehern und Bürgerdeputierten. Stadtrat Genosse Tisch hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über die kommunale Selbstverwaltung und ihre Grenzen. Er trat dabei entschieden für eine Erweiterung der städtischen Selbstverwaltung ein und forderte für die Gemeinden das Besteuerungsrecht. In der Aussprache wurden von den Stadtverordneten Stöpe, Frau Zils-Eckstein, Darf und Wiedera noch verschiedene Probleme der Selbstverwaltung besprochen, vor allem in Bezug auf die Finanzen und die Besteuerung. Es wurde dann beschlossen, eine dauernde Arbeitsgemeinschaft zu bilden. Die Leitung soll aus einem Stadtrat, drei Stadtverordneten und fünf Bürgerdeputierten und Bezirksvorstehern bestehen. Die letzteren wurden alsbald gewählt und zwar die Genossen Eckstein, Frau Spahn, Kranz, Seiffert und Pache. Der Fraktion bleibt es überlassen, dem Stadtrat und die Stadtverordneten zu bestimmen. Die Arbeitsgemeinschaft dürfte sicher dazu beitragen, näheres Verständnis über die Arbeiten auf dem Rathaus in der ganzen Stadt zu verbreiten und auch die Arbeiten selbst dürften mangherlei Betrachtung finden.

Banges Herz, wann klagest du?

Nein, er gefällt mir nicht, der werbe Bürgermeister! Er mühte sein vor allem etwas dreister, Damit, wenn einer ihm die Wahrheit sagt, Er dafür würde beim Gericht verklagt!

Ein Bürgermeister kann nicht bei der Sitzung schlafen. Wer solches sagt, den gilt es zu bestrafen, Weil sonst der schwere Vorwurf wird geäußert, Der einer selbst bei Nacht des Schlafs beraubt!

Ein Bürgermeister treibt auch keinen Remterhandel, Wer jemt allein der fromme Lebenswandel! Wie kann man glauben, daß ein Zentrumskrist Hüft in den Reichsrat einem Monarchist?

Wer das behauptet, muß auf lange Zeit verstummen, Im festen Kerker muß er dafür brümmen, Bis daß ihm wird der rechte Bürgerkain, Wo tüme sonst Autorität wohl hin?

Noch unser Bürgermeister will durchaus nicht klagen! Was soll man denn zu solcher Haltung sagen? Ein jeder sieht daraus wohl seinen Schicksal, Daß der Bericht bestimmt wird durch das Maß.







Der St. Nikolai auf dem Bahnhöf.

Der Hauptbahnhof ist einer der wichtigsten und größten Verkehrs...

Man sieht aber stets zur Abendzeit bis spät in die Nacht auf...

Die Polizei kündigt hier aber um diese Verkehrsbehinderungen...

Sonntagsfahrkarten. Die Preiskasse der Reichsbahn...

Die Postkassette in Breslau ist aus Anlaß der Wahlen...

Breslauer Volkstheater. Am Dienstag, den 9. März, veranstaltet...

Wohnungsvermittler haben sich in letzter Zeit hier niedergelassen...

Warnung vor Schwindlern. Ein unbekannter Mann treibt augenblicklich...

Hoteldiebstahl. Seit einiger Zeit treten wieder Hoteldiebstahl...

Wasser der Woche vom 1. bis 8. März von allen Arbeitsschichtungen...

Neurode. Arbeiterentlassungen im Bergbau. Der Mangel an Kohlen...

Siegen. Rassenkunde im Sperlingsbruch. Beim Auspumpen des Sperlingsbruchs...

Siegen. Rassenkunde im Sperlingsbruch. Beim Auspumpen des Sperlingsbruchs...

Siegen. Rassenkunde im Sperlingsbruch. Beim Auspumpen des Sperlingsbruchs...

Siegen. Rassenkunde im Sperlingsbruch. Beim Auspumpen des Sperlingsbruchs...

Breslau (Land)-Neumarkt.

Kreisversammlung des Kreises Neumarkt. Sonntag, den 7. März...

- 1. Stellungnahme zum Volksbegehren. 2. Praktische Durchführung der erforderlichen Arbeiten zum Volksbegehren im Kreise. 3. Verschiedenes.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Veranstaltungen in der Woche vom 5. März bis 14. März.

- Freitag, den 5. März: Herrmannsdorf, 7 Uhr abends, bei Gabriel in Arnoldsbühle. Monatsappell.

Sonntag, den 7. März: Tscheden, 2 Uhr nachmittags, bei Schelcke in Schmiednitz. Monatsappell.

Sonntag, den 14. März: Rothleben, 3 Uhr nachmittags, bei Tschanke in Wiltschau. Monatsappell.

SPD. Ortsgruppe Opatowitz. Sonntag, den 7. März, findet bei Schattmann in Opatowitz abends 6 Uhr eine öffentliche Versammlung statt.

Aus Schlesien.

Die Vereinigten Verbände heimatischer Oberschlesier und die Rot der Flüchtlinge.

Die Vereinigten Jagdgruppen der Flüchtlinge und Vertriebenen, Gewerbetreibenden, Handwerker und Besitzer von Liegenschaften...

Kommunale Neuordnung in Oberschlesien. Dem Preussischen Staatsrat ist ein Gesetzentwurf...

Der Entwurf dürfte, wie es in seiner Begründung heißt, in erster Linie Rücksicht nehmen auf die berechtigten Interessen...

Kriegstrüffel, die beschlagnahmt werden. Man hat zwar immer gesagt: „Der Dant des Vaterlandes ist auch mein“...

Breslauer Produktenbörse.

Wöchentliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 4. März 1926...

Table with 5 columns: Getreide, Mehl, Öl, etc. and 2 rows of data.

Futtermittel. Nachfolgende amtliche Preise für Futtermittel bestehen für 100 kg...

Table with 5 columns: Weizen, Roggen, Gerste, etc. and 2 rows of data.

Advertisement for 'Erprobs!' featuring a circular logo and text: 'nicht Du, nach Billigkeit und Güte, zwei Dinge, die sich schwer vereinigen?'...







Trost an alle Bubliköpfe.

In Emshorn hat ein junges Mädchen einen Selbstmordversuch unternommen, um den dauernden Vorwürfen der Mutter zu entgehen, die diese wegen des Bublikopfes der Tochter macht.

Als das erste schamlose Frauzimmer es wagte, sich endlich auf dem Jahrrade zu zeigen, klickt das Herz der besorgten Eltern sehr zusammen und die Nachbarn konnten nicht begreifen, wie das „Frauzimmer“, so ein „Lottchen“, na, hören Sie mal. Wo doch die Eltern ganz andere Leute waren! Und trotzdem so ein Fall in der Familie war geradezu schamlos, und überhaupt dachte das Radfahren gar nicht hin, daß dieses Weib überhaupt und so...

Das war so eine Geschichte vor etwa dreißig Jahren. Selber hat bekanntlich Rad, wer Lust dazu hat, Cereale und Umgraben, Solche und Harmlose. Vom Rad kann man nichts herleiten zur Unterscheidung.

Vor dreißig Jahren bekam auch Nachbarn des Fräulein Köhrens seinem Vater einen laugroben und zugleich knochenreichen Bräu, wurde Frisch gebacken, um seiner Selbstscham willen nur dies zu tun, nur dieses ein wenig. Ja, was denn? Nun, er ließ sich nur einmal rasieren lassen, aber vollständig... Mäulichkeit, alle Ehrbarkeit fort! Dem Vater und dem eigenen Großvater hing die Nadeln nach an allherdumständlichen... Die Mitten sahen sich an... das war der Manns Ende... die sich zu Weibern machten durch... die schönste Mannesherbe, der deutsche Bart, nicht heilig... das sind dreifache Elemente, Schandfleck, Tagediebe, Scher und Betrüger und enden im Zuchthaus!

„Das wallende Haar ist der schönste Schmuck der Frau.“ Das hat aber heute nichts mehr zu wallen, sondern es wird zusammengedrückt zum dicken Knoten und liegt angebunden hinterkopf. Haben Sie schon einmal gesehen, daß eine Frau ein Haar, wallen? (Nein?) Vom schönsten Schmuck der deutschen gehört aber der unterlegte falsche Zopf, künstlich in allen... die, diese gemeinste aller Täuschungen, mit der weiche... inner je getragen worden sind. Es könnte sein, daß... Verlockung mich dazu brachte, außerordentlich... Mitten mit einer... menschen zu frönen und zu diesem Zweck auf drei Tage in... das ist aber am Abend den Zopf...

„Das lange Haar des Weibes ist eine Gabe der gesunden Natur.“ Aber die dreizehn Haarmodeln darin sind eine Gabe der demütigsten Technik. Diese Nadeln liegen morgens neben... Zeit bis zum Erwachen. Danach gelangen diese Nadeln... zum Halten in den Mund; ganz bestimmt wird aber... falsche Zopf in den finken Rostmund genommen... Und dann der Kamm. Der Kamm, die Gabe, der Staubfraker!... wenn das der junge Mann schon vor der Ehe müßte Was... er dazu?

Wißt ihr, was für Dinge sind es! Haar ohne Kammbaar, ohne Metallstücken, Haar zum unbekümmerten Leben und... nicht quarantänehaftes Haar, dem man es vertraut, sauber zu... Haar, das keine Fesseln wird für die Trägerin, Haar, mit... du wandern kannst, Haar, das man zu jeder Stunde ohne... betrachten kann!

Ich meine den Bublikopf! Den Schopf schon vernünftiger... Wohl braucht das Weib einen langen Schwanz, um die... abzurechen, der Mensch aber... der weibliche Mensch... trägt den Bublikopf, den Klaren, wahren, freien, vernünftigen... Bublikopf.

Nun ist aber diese Welt immer noch so, wie sie seit je... ist. Der Aberglaube und die schmerzliche Gewohnheit... die tragen Bekleidung. Wenn ein Unstüm nur recht ab... erlangt er gleich „Heiligkeit“ und stumm sich geschäftlich gegen... Einmal der kommenden Vernunft. Und wie man glaubte,... ohne Metrakendart Eisen keine richtigen Männer... dem „Zämmerrlinge, Wechselwässer und einwirkende Duftraben... wie man einst glaubte, radeinde Frauen seien stillschweigend... Köpfe — ist es nicht es im Sinn der Zurückgebliebenen... die Trägerinnen von Bubliköpfen. Sie glauben, daß man... dem Haar auch die Moral entferne, Erziehungsheim, Aus... und Bspäßen werden erzwungen, um den häßlichen Schmutz... deutschen Frau, das warme Winterhemd der Bazillen, den... hinterhauptstücken zu retten. Der Chef entrückt... und kündigt. Und der Vater weist die entsetzte Tochter zum... hinaus. „Fort“, sprach der Graf, „fort mit dir, du Dirne!“... tun, der Vater und der Chef, als hätten sie Eigentumsrechte... ein Ehrenwächter. Die Frömmigkeit und der Patriotismus... die Eltern und Gebrauche haben von jeher die schrecklichsten... Verbrechen begangen, die Verbrechen nämlich gegen die Seele,... die freie Selbstbestimmung, Verbrechen, die nie verglichen... werden können.

Weil also dir, wie vielen anderen, die neue Richtung noch... hinneigelt hat ins Hirn, so soll darum die junge... generation fortgen und klagen und nicht hinaus dürfen ins... reich ihrer Wünsche? Nun, sie werden dich hassen und ver... und auf deinen Tod oder deine beiderseitige Ermordung... arten, mit Inzucht, bis der Tag kommt, an dem sie über dich... wegschreiten können. Welche überflüssigen, mühsamen Menschen... sind das sein, die um einer Haartracht willen den Unfrieden... erbeizern, den Wunsch der Jugend unterdrücken und die Tochter... die Rommeln zum Selbstmord treiben? In einer Zeit und... ist in der sie übrigens sehen, daß die Jugend sich den Teufel... rummelt, was die Mutter meinen. Ja, können sie dann... rückwärts und zeternd, meinetwegen mögen alle Weiber so scham... sein, ich aber und mein Haus, wie wollen Gott dienen!

Warum ich das schreibe? Weil ich die Mutter und die... zellenhaftigkeit und das dumme brutale Vorurteil nirgends... den kann und will auch bei der Bublikopf nicht als... vorurteil, sich wieder grinsend zeigen. Weil ich noch von einem... vernünftig, in dem ek. Vater die eigene Tochter zum Paule...

Hinauswarf, weil sie es wagte, ihr eigenes Haar nach ihrem eigenen Willen zu tragen. Solcher Vater ist reaktionär im eigenen Heim. Wenn Kinder Ehrfurcht hegen sollen, so sollen Vater Verständnis hegen.

Wer darum einen Bublikopf tragen will, mag ihn ruhig tragen. Durch ihn wird man nicht besser und nicht schlechter. Sehr häufig aber — schöner.



Muttersehnen.

Ich woll' ich säße wieder Auf meiner Mutter Knie, Mit meinen beiden Armen Umklungen hielt ich sie.

An ihrem Herzen weinend Werberg' ich mein Gesicht Und meine Mutter küßte mich Und fragt und forschet nicht.

So stille — ist ganz stille, Und dümmrig ist unser Haus; Und ich, ich weine, weine An ihrer Brust mich aus.

Sie küßlet die heiße Stirne Mit weichen Händen mir, „Mein armer wilder Falke Wer brach die Schwingen dir?“

Mein armer, wilder Falke Zum Herz der Mutter flieh'... Ich woll' ich säße wieder, Wie einst auf ihrem Knie.

Karl Müll.



Die Ehe als Aufgabe.

Von Dr. Alfred Adler (Wien).

Nächstehenden Beitrag des hervorragenden Vertreters der Individual-Psychologie haben wir dem neulich erschienenen Sammelwerk „Das Ehe- und Familienleben“ (Verlag Neals Kampmann, Celle) mit besonderer Genehmigung des Verlages entnommen.

Was den Menschen derzeit noch an Mitleidsfähigkeit fehlt, äußert sich auch in der Spannung der Geschlechter. Das Streben nach persönlicher Ueberlegenheit, empfangen aus einem tiefen, meist unerkannten Minderwertigkeitsgefühl, treibt Mann und Frau jenseit den Schein ihrer Macht in demonstrativer Weise zu überspannen. Nicht benehmen sich Eheleute so, als ob sie fürchteten, man könne es gewahr werden, daß sie die Schwächeren seien. Trotz Eigensinn, Negativismus und oft auch erloscherter Ablehnung, polgarische Neigungen und Untreue, auch nervöse Erkrankungen kommen der Eheleute zu Hilfe, um den Standpunkt des eigenen Machtwortes verteidigen zu können. Der Mann hat durch eine längst fällige allgemeine Tradition einen kleinen Vorsprung, den er eigenständig, aber zum eigenen Schaden, festhalten trachtet. Wer unseren Standpunkt teilt, für den ist der Herr der Familie gewesen. Er sieht die Ehe als eine Zweckmäßigkeit, in der beide Teile eine gemeinsame Aufgabe gemeinsam zu lösen suchen, nicht erlaube irgend welcher Eigenmächtigkeit, sondern nach allen den Gesetzmäßigkeiten die ihrem Problem innewohnen. Die organische und historische Entwicklung der Menschheit zur monogamischen Ehebereitschaft ist besonders wenn man die einzigartigen Möglichkeiten einer Erfüllung wertvoller erotischer Erwartungen ins Auge faßt, Würdigkeit genug, daß jeder in stande wäre, diese Aufgabe zu lösen. Gemeint ist immer die Ehe als Schöpfung des Gemeinschaftsgefühls als gesellschaftliche Form des Liebeslebens, als Hort und Vorhülle der Kinder in ihrer Entwicklung zum Menschen. Abseits von diesem Wege liegen konventionelle Ehen, Geld- oder Spekulationsheiraten, deren Verlauf sich immer auf Nutzterritain abspielt. Denn auch den Kindern muß die Ehe der Eltern vorbildlich sein, sonst tragen sie, oft trotz besseren Wissens und trotz guter Vorwarnung, die schlechte Tradition in ihr neues Heim hinüber. Herrschaft oder Härte des Vaters kann Mädchen so sehr erschrecken, daß sie künftig jeden Zug des Gatten mißtrauisch behaupten und mißdeuten, kann sie auch mit so hochgeirter Sehnsucht nach Wärme erfüllen, die hienieden unerfüllbar bleiben muß. Kann sie untauglich zur Ehe machen oder zur Erziehung der Kinder, weil sie den Glauben an sich verloren haben. Schöne harter Mütter flehen die Frau und sind einer Gemeinschaft schwerer zugänglich. Dies liegt an einer bisher mangelhaft erkannten Funktion der Mutter: das Verständnis für grenzenlose Verlässlichkeit dem Kinde aufzuheben zu lassen und Vorbild adler Weiblichkeit zu sein. Mutterhänden wieder können nicht geben. Sie suchen statt Gemeinsamkeit mütterliche Wärme, die einzig im Leben nur in der kindlichen Situation ihren richtigen Platz hat. Die Wahl von älteren, mütterlichen Gattinnen hat meist in diesem Kratum seinen Grund.

Polgarische Neigungen, Perzeptionen und Vorliebe für stillschweigende Personen und Prostituierte erklären sich immer aus ihrer Tendenz zur Auskultung und Entwurperung des passiveren Partners, also aus der Furcht vor dem anderen Geschlecht nicht zu bestehen. Wie sehr dabei der Sinn und die Aufgabe der Liebe und Ehe verfehlt ist, kann man aus dem Ueberhandnehmen der Geschlechtskrankheiten sehen. Was immer ihr Ursprung gewesen sein mag, ihre Ausbreitung verdanken sie einzig dem Mißbrauch und den Zwängen der Ehe. Es gibt nur ein Heilmittel, nur einen Schutz vor diesen Seuchen: gegenseitige Liebe.

Die Verknüpfung der Ehe mit den wichtigsten gesellschaftlichen Notwendigkeiten läßt uns verstehen, daß sie nicht, wie wohl die meisten meinen, eine Privatangelegenheit bedeutet. Das ganze Volk, die ganze Menschheit ist daran beteiligt. Und jeder, der eine Ehe schließt, erfüllt dabei, auch wenn er nichts davon weiß, ein Mandat der Gesamtheit. Zu den bedeutungsvollsten Vorbedingungen einer Eheschließung gehört deshalb ein Beruf und Erwerb, an dem beide beteiligt sein können, und der der Familie den Lebensunterhalt sichert. Auch der Beruf ist Forderung der Gesellschaft, Beteiligung an der Produktion. Der Beitrag zur Erhaltung der Menschheit ist gleichfalls nicht Privatangelegenheit und muß durch die Ehe gefördert werden. Auch die Leistung der Hausfrau, bereit mit Unrecht tiefer gewertet, kann vollgültige Werte schaffen, wenn sie durch gute Handhabung oder künstlerische Ausgestaltung der Arbeitsfähigkeit des Mannes befristet ist. Berufung auf ökonomische Schwierigkeiten zwecks Ablehnung der Ehe ist oft ein Vorwand der Schwachmütigen.

Es ist ein weitverbreiteter Aberglaube, daß die Ehe auch Uebel, Verzweiflung, Krankheiten heilen könne. Liebe und Ehe sind keine Medikamente. Man schreit meist nur neuen Schaden ohne den alten zu beheben. Der gleiche Anflug herrscht in der Anspannung von der Heilwirkung der Schwangerschaft. Die Lösung der Ehefrage soll, wie die aller anderen Lebensfragen, aus Stärke...

nicht aus Schwäche, geschehen. Auch davon droht der Ehe Unheil, wenn Menschen heiraten, die sich dabei als Opfer fühlen. Es kann nicht ausbleiben, daß sie es den anderen fühlen lassen und ihn fertig um sein Glücksgefühl bestrafen. Mängel in den ehelichen Beziehungen, Bernachlässigungen, Abgibtigkeit, Untreue sind die häufigsten Folgen. Die Heiligung der Ehe, am Gluck des anderen teilzunehmen, wird so oft gleich anfangs zerstört. Denn die Ehe ist kein ausgebautes Land, dem man sich nähert, kein Katum, dem man entsagen, sondern Aufgabe der Gegenwart und Zukunft, eine schöpferische Leistung in rasch verfliegender Zeit, eine Aufgabe, in das Nichts der Zukunft gesellschaftliche Werte zu bauen. Man wird in ihr immer nur finden, was man in sie hinein geschaffen hat.

Geburtenrückgang in England.

Die soeben veröffentlichten Ziffern über die Geburtenbewegung in England während des Jahres 1925 weisen einen bisher noch nicht gekannten Tiefstand auf. Auf je 1000 Einwohner entfielen in diesem Jahr 183 Geburten, also weniger als in Frankreich, das im vergangenen Jahr 187 Geburten auf 1000 Einwohner aufzuweisen hatte. Dabei sind die Sterblichkeitsziffern im wesentlichen unverändert geblieben. Der Grad dieses Geburtenrückganges geht aus den folgenden Ziffern hervor:

Table with 2 columns: Year (1871, 1920, 1925) and Births per 1000 (55.6, 25.5, 18.3)

Der Prozentsatz der Heiraten ist seit 1895 mit geringen Schwankungen beinahe unverändert auf rund 15 pro Mille stehen geblieben. Gegenüber den niedrigen englischen Ziffern stehen die folgenden in anderen Ländern:

Table with 2 columns: Country (Russia, Denmark, Japan, Italy, Germany) and Births per 1000 (42.2, 38.4, 33.4, 31.8, 29.8)

Die medizinischen Sachverständigen erblicken die Ursachen dieses Geburtenrückganges in ungenügender Ernährung, schlechten Lebensbedingungen eines großen Teiles der Bevölkerung und der zunehmenden Verwendung von Mitteln zur Empfängnisverhütung nicht nur im Mittelstand, sondern besonders auch in der Arbeiterschaft. Die veröffentlichten Ziffern haben natürlich die seit Jahren in der gesamten Presse geführte Diskussion über die Zweckmäßigkeit der Geburtenbeschränkung neu belebt. Im Gegensatz zur katholischen Kirche, die sich natürlich gegen jede Beschränkung ausspricht, findet die „Geburtenkontrolle“ bei der Gesellschaft der englischen Hochkirche bis in die Reihen der Bischöfe hinein verteilbar.

In den Kreisen der Arbeiterbewegung steht man im wesentlichen der „Geburtenkontrolle“ sympathisch gegenüber und befürwortet eine gesetzliche Regelung, die es den Rassenärzten ermöglichen soll, auf Wunsch Anweisungen über die wirksamsten Methoden zur Empfängnisverhütung zu geben. Freilich hat die letzte Frauenkonferenz der Arbeiterpartei gezeigt, daß unter den Frauen dieser Partei ein Teil aus religiösen oder ethischen Gründen gegen die Aufnahme der Geburtenbeschränkung in das Programm der Arbeiterpartei eingetreten ist. Auch in der liberalen Partei wendet man dieser Frage lebhaftes Interesse zu. Der bekannte Nationalökonom J. M. Keynes hat kürzlich in einer großen Rede der Partei den Rat gegeben, diese Forderung zum Schwerpunkt ihrer künftigen Propaganda zu machen. Nur die in kulturpolitischer Hinsicht vielfach reaktionäre konservative Partei tritt gegen eine gesetzliche Regelung ein.

50 Pariser Toiletten für Frau Kollontai.

Die Kontrollkommission der russischen Kommunistischen Partei hat bei der Ueberprüfung der Tätigkeit der Sowjetgesundheitsrat in Oslo festgestellt, daß die Gefährtin Frau Kollontai im Laufe eines Jahres etwa fünfzig Toiletten bei Baguin und Worth in Paris bestellt hat u. Darumhin wurde der Etat der Gesundheitsrat in Oslo um 35 Prozent gestürzt.

Von der Aristokratin zur Sozialistin.

Eines der hervorragendsten Mitglieder der Labour Party in England ist Margery Fry, die Tochter des verstorbenen Sir Edward Fry. Schon mehrfach sollte sie als Kandidatin für das Parlament aufgestellt werden. Bisher ist sie ehrenamtlich als Sekretärin des Howard-Bundes für Strafrechtsreform tätig gewesen und hat sich dabei öffentlich sehr eifrig hervorgetan. Auch jetzt, nachdem sie eine Stellung am Somerville College der Universität Oxford angetreten hat, verbleibt sie im Komitee des Bundes, muß jedoch vorläufig mit Rücksicht auf ihre Universitätsstellung der parlamentarischen Laufbahn fernbleiben. Ihre beiden Schwestern haben sich gleichfalls in den letzten Jahren durch gemeinnützige Arbeit ausgezeichnet. Die Älteste von ihnen, Dr. Joan Mary Fry, hat zu einer kleinen Gruppe von Dutzend gehört, die gleich nach dem Waffenstillstand, sobald die Alliierten es gestattet, nach Deutschland kamen, um der notleidenden Bevölkerung Hilfe zu bringen, und die sich durch ihre aufopfernde Arbeit den größten Dank verdient haben.

Gegen die Propaganda für Errichtung von Findelhäusern.

Die auf dem letzten Deutschen Arbeitstag in Leipzig getriebene wurde, wendet sich eine Kundgebung des Bremer Bundes für Mutterrecht und Sexualreform. Die Kinderzeugung, so wird gesagt, lag den Eltern auch die Verantwortung für Unterhalt, Erziehung und Familienleben der Kinder auf. Wo diese Verpflichtungen nicht erfüllt werden können, muß die Empfängnis verhütet werden. Die Errichtung von Findelhäusern würde dagegen nur den verantwortungslosen Verkehr der Geschlechter ohne Rücksicht auf die Folgen steigern. Sie würde auch die angelegte Hochachtung vor der Unverletzlichkeit des Lebens und aufs neue der verlogenen bürgerlichen Moral Vorstoß leisten, die in der weiblichen Mutterkraft eine Schande erblickt.

Kindbettfieber.

Die Ursache von Kindbettfieber ist immer in einer Unsauberkeit der Pflegerin und einer damit verbundenen Uebertragung von Krankheitserregern in die frischen Wunden der Wöchnerin zu suchen. Im vorigen Jahrhundert hat das Kindbettfieber weit mehr Todesopfer gefordert als die Pocken und die Cholera. So karben beispielsweise in Wien — und in anderen Orten war die Lage keineswegs günstiger — von je hundert Müttern mindestens ein Kindbettfieber. Lediglich durch die Forderung nach peinlichster Sauberkeit gelang es um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, als man die Krankheitserreger noch nicht kannte, einem kranken Arzte Dr. Semmelweis, die Sterblichkeit der Frauen durch diese Krankheit auf ein Prozent herabzudrücken. Inzwischen hat ja die moderne Volkshygiene die größten Fortschritte gemacht, und unsere Bekommen sind durch Keim nisse und andere Hilfsmittel aus der Gefahr gerettet. Aber noch immer sterben in Deutschland jährlich zehntausend Frauen an Kindbettfieber. Diese traurige Erscheinung kann leicht vermieden werden, wenn die Pflegerin der Wöchnerin auf ein Minimum der abgetötet werden, wenn man für die Wöchnerin ein kühleres Wohnort und reine Wäsche beibringt. Die aufgetriebene Sauberkeit von etwa 1000 bis 1500 Grad Celsius, ferner auf die Reinheit der Wohnung und der umgebenden Personen bedacht ist, so kann die Anwesenheit von Keimen im Kindbettfieber aus der Welt geschafft werden und auch die Wöchnerin selbst über die Gefahr eines Kindbettfieberes aufgeklärt werden. Das sollte man auch dem Bewußtsein einer Wöchnerin niemals aus dem Gedächtnis lassen und durch eine entsprechende Aufklärung der Personen in die Nähe der jungen Mutter lassen.



# Die Rechte der Versicherten in der Arbeiter-Versicherung.

Zur Ergänzung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterkraft und zur Beseitigung der wirtschaftlichen Folgen von Alter, Krankheit und Invalidität des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.

wichtigen Posten werden also nicht durch eine Wahl besetzt, sondern die Innung, also auf beauftragte Arbeiter, bestellen die Versicherten. Bei den Betriebskrankenkassen liegen die Wahlrechte noch weit ungünstiger für die Versicherten. Die Zweidrittelmehrheit haben die Versicherten ja auch hier, jedoch hat der Arbeitgeber, der auf jeden Fall den Vorschlag führt, die Hälfte der Stimmen auf seine Person vereinigt. Die den Versicherten zustehen. Es bedarf wohl keiner Erklärung, welche Macht damit dem Arbeitgeber in die Hand gegeben ist und wie diese oft nicht gerade zum Vorteil und Nutzen der Versicherten gebraucht wird. Berechnenswert ist auch die Bestimmung, daß freiwillige Kassennmitglieder, die nicht mehr dem Betriebe angehören, zu den Organen der Betriebskrankenkassen weder wählbar noch wahlberechtigt sind. Diese Art der Versicherten hat also nicht den geringsten Einfluß auf die Verwaltung der Kasse.

Geringer ist der Einfluß der Versicherten bei der Invalidenversicherung. Jede Landesversicherungsanstalt hat einen Vorstand, der sich aus beamteten Mitgliedern zusammensetzt, die vom Gemeindevorstand oder der obersten Verwaltungsbehörde (Ministerien usw.) bestellt werden, ebenso "bezeichnen" diese Behörden ein beamtetes Vorstandsmitglied als Vorsitzenden. Die Versicherten werden hier also nicht gefragt. Der Vorstand besteht außerdem noch je zur Hälfte aus Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten. Bei Bestimmungen usw. geben in der Praxis die Stimmen der beamteten Vorstandsmitglieder sehr oft den Ausschlag. Die Versicherten können selten ihre Wünsche und Anträge durchbringen, da ihnen ja bei der Wahl die gleiche Zahl Arbeitgeber entgegensteht. Der Ausschlag bei den Versicherungsanstalten besteht je zur Hälfte aus Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber. Nicht verkannt werden muß, daß in vielen Versicherungsanstalten die beamteten Vorstandsmitglieder sehr oft von den Versicherten stammen und daß deshalb bei diesen Anstalten die beamteten Vorstandsmitglieder mit den Vertretern der Versicherten Hand in Hand arbeiten. Oft ist natürlich auch das Gegenteil der Fall.

Nun kommen wir zu dem Schwerkstein der Arbeiterversicherung, der Unfallversicherung. Bei diesem Versicherungszweig ist der Einfluß der Versicherten vollkommen ausgeschlossen. Die Organe der Berufsgenossenschaften werden grundsätzlich nur von Arbeitgebern gebildet. Die Satzung einer Genossenschaft kann aber bestimmen, daß Vertreter der Versicherten ihrem Vorstand oder dem Sektionsvorstand mit Stimmrecht angehören. Sie werden dann in einem ziemlich verwickelten Wahlverfahren mittelbar von den Versicherten selbst gewählt. Es wäre sehr interessant, einmal statisch festzustellen, wieviel Berufsgenossenschaften auf Grund dieser Kammerbestimmung Versicherte in ihren Vorstand aufgenommen haben. Es werden sicherlich nur sehr wenige sein. Nach den gesetzlichen Bestimmungen müssen bei jeder Berufsgenossenschaft Einrichtungen getroffen werden, die feststellen, daß an der Herstellung der Leistungen mindestens ein Vertreter der Versicherten beteiligt wird. Das Nähere bestimmen über diese Frage die Satzungen. Dies ist der einzige Einfluß, den die Versicherten auf die Unfallversicherung haben. Dies ist auch der Grund, warum die Unfallversicherung immer noch das Stiefkind der Arbeiterversicherung ist. Alle Einwendungen der Arbeitgeber und der Berufsgenossenschaften, daß dies nicht der Fall ist, können an Hand der vielen Beweise widerlegt werden.

Wir sehen also aus den Ausführungen, daß der Einfluß der Versicherten auf die Durchführung der Sozialversicherung sehr verhältnismäßig ist und noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Es muß deshalb Aufgabe der Berufsvertretungen der Arbeiter sein, hier Wandel zu schaffen. Gewiß ist dies nicht leicht, jedoch führt Beharrlichkeit schließlich auch zu einem Ziel. Wie die Verhältnisse heute liegen, muß stets darauf geachtet werden, daß die den Versicherten zustehenden Stellen in den Versicherungsorganen mit den nötigen Leuten besetzt werden. Eine strenge Auswahl muß hier eintreten. Es dürfen nur Leute in die Organe gewählt werden, die neben Lust und Liebe für die Sache geistig genug gewandt sind, um die Belange ihrer Versicherten wirksam vertreten zu können. Ein einziger tüchtiger Kopf in den Organen kann den Versicherten oft mehr nützen, als zwei oder drei Besessene. Die nur die Stühle brücken.

# Verhöhnung der Beamten.

Das ist ein Schandstück, schreibt der Syndikus Dr. Wittenberg in einem Artikel über die gegenwärtige Lage unter anderem folgendes: "Es gibt bei uns noch veraltete Quallen, nicht Geldverehrung, sondern sogar das Ueberfließen der Anknäuel vorberührt, daß kaum noch jemand etwas die hohe Rante zu legen vermöge, und die sich besessenen Kasseneinlagen bei der Wirtigkeit der Einzelbeträge und Häufigkeit der Abhebungen doch nur eine vorübergehende befristet von Tagessparnissen widerspiegeln, kaum mehr als Millionen langfristiger Depositionen bei einer Art Staatsinstitute, die sich die heute glückliche Schicksale Staatsbürger, nämlich die Beamten, gelohnt haben. Durch ihre unermüdbare an Reich, Staat und Kommune gestellten neuen Gehaltsforderungen wird der Öffentlichkeit eine Kollage der Beamtenhaft getuschelt. Tatsächlich erleiden sie seit geraumer Zeit zahlreichem Raubzügen, zumal in den höheren Gruppen, schließliche der Orlas, Frauen und Kinderzuschläge so hohe Bezüge, daß sie im normalen Lauf des Lebens zu verbrachten nicht in der Lage sind."

Das kann jedoch unter keinen Umständen gebude Herr Dr. Max Wittenberg schreibt deshalb weiter: "Der Beamte erhält den Lohn seiner Arbeit, um ihn ausgeben und so anständig wie möglich zu leben." Der Syndikus Wittenberg reißt sich für die Beamten an, die vom Kapital außerordentlich gut bezahlt, die um Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfenden Arbeiter, stellen und Beamten losgelassen werden. Wenn "sympathische" Mensch gezwungen wäre, nur einen Monat dem Gehalt eines Beamten der unteren Besoldungsgruppen zuzulassen, dann würde er sicher zu der Erkenntnis kommen, damit ein anständiges Leben nicht möglich ist und daß die "Kasse Schicht der Staatsbürger" zum Hungern und Elend machen verurteilt ist. Die "staatlichen Bezüge" würden ihn schnell zwingen, eine 100prozentige Zulage zu fordern, um anständig leben zu können, wie ihm das mit seinem Gehalt möglich ist. Sicher weiß er das bereits: als Syndikus er's nur nicht sagen!

# Beendet Elzingerstreik in Mitteldeutschland.

Aus Erfurt wird uns geschrieben: Der Streik der Arbeiter in Mitteldeutschland wurde nach einer Dauer von sechs Wochen durch einen Schiedspruch des Reichsarbeitsamts beendet. Der Schiedspruch fand die Zustimmung der beiden Parteien. Die alten Lohnsätze, die im Vorjahr vereinbart waren, gewährt. Die Unternehmer haben ihr Lohnkürzung zurückziehen müssen. Der Versuch, eine Lohnreduzierung von 15 Pfennig pro Stunde durchzuführen, scheiterte an der Widerstandskraft der Arbeiter. Der Erfolg der Elzinger ergibt sich daraus, nur jetzt 20 bis 25 Prozent aller Berufsangehörigen vor Arbeitslosigkeit standen, während der übrige Teil arbeitslos war. Der Ausgang des Streiks zeigt jedenfalls eine gute Organisation zu leisten vermag.

# Zwei kommunistische Niederlagen.

Die Wahl zur Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Offenbach am Main brachte für die Richtung Amsterdam 1537 und für die Richtung SPD. 211 Stimmen. In Frankfurt a. M. brachte die Wahl der Amsterdamer Richtung 863 und der SPD. 264 Stimmen. Bei den ungeheuren Anstrengungen der SPD, in den beiden Verwaltungsstellen bedeutend das Ergebnis für sie eine Niederlage. In Frankfurt a. M. hatte die SPD, vor Generalversammlung eine große Arbeitslosen-Demonstration anstalt.

# 30 Jahre Arbeiterklub in Bäckereien und Konditoreien.

Am 4. März 1896 wurde vom Bundesrat eine Verordnung erlassen, nach der für die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden begrenzt wurde. Für die Bäckereien war im ersten Lehrjahr die schließliche im 2. Lehrjahr die vollständige und im dritten Lehrjahr die vollständige Arbeitszeit zulässig. Diese Arbeitszeit war auch an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen anzulassen. Für die Arbeiter in diesem Berufsbereich bedeutete die Regelung der Arbeitszeit einen großen Erfolg. Es konnte die noch schwache gewerkschaftliche Organisation der Geschäfte stellen, daß die tägliche Arbeitszeit in den allermeisten Bäckereien 12 bis 18 Stunden an Werktagen betrug. Nur in 23% aller von der Statistik erfaßten Betriebe wurde an Sonntagen nicht gearbeitet. August Bellet unterzog sich der dankenswerten Aufgabe, das Ergebnis dieser Feststellung in seinem Buche "Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien" auszuwerten. Daraus kam heraus, daß die Arbeitszeit nur noch 12 Stunden, weil allgemein Nacharbeit bestand und die Geschäfte bei Kopf und Vogels im Jahre des Meisters beschäftigt wurden. Solche Verhältnisse zerrütten die gesundheitlichen Zustände bei den Bäckereiarbeitern und Wohnungsverhältnissen und es konnte festgestellt werden, daß die wichtigsten Löhner der Bäckerei- und Konditoreien als Schlafzimmer zugewiesen wurden. Die anstehenden Krankheiten müßten fürchterlich unter dieser behindernden Arbeiterhaft. Bellet kam zu folgendem Ergebnis: Schon allein dieser Umstand sollte die Behörden zwingen, sich mit größter Energie der Untersuchung von Bäckereiarbeitern zu widmen, die mit dem Wohle der Allgemeinheit auf das engste verknüpft sind. Auf die Frage, an welchen Krankheiten in der Hauptstadt die Bäckereiarbeiter litten, wurde bemerkt: Sie litten in erster Linie an Augenkrankheiten und auch an Brustkrankheiten, zwei Bezeichnungen, die im Volksmund für Schwindelkranken allgemein üblich sind. In unserer Ueberzeugung läßt sich eine Organisation im Bäckergewerbe schaffen, wonach sowohl die eigentliche Arbeit als die Sonntagsarbeit sich als unzulässig erweisen.

Diese furchtbare Anklage, die sich im Reichstag noch festsetzte, zwang die Regierung zum Eingreifen, und zum Glück die Bundesratsverordnung. Die Unternehmer hielten Gift und Galle über die einschneidenden Bestimmungen in ihrer Ausbreitung frei. Doch die Gewerkschaften kämpften die Verordnung und erzielte im Jahre 1906 die Anerkennung und Durchsetzung. Und durch ihr Eingreifen mußten sich auch die Aufsichtsbehörden bequemen, ihre Kontrolltätigkeit in den Bäckereien und Konditoreien häufiger zu handhaben.

Seit dieser ersten Arbeiterklub-Verordnung hat sich viel in Bäckerei- und Konditoreiengewerbe geändert. Die Tätigkeit hat sich diesem handwerklich-mittelständigen Beruf Eingang gehalten. Die Beschäftigung der Arbeiter wurde später erweitert auf die schließliche Sonntagsarbeit und den Erlaß von Vorschriften über die innere Einrichtung der Betriebe. Es wurden die beschriebenen Bäckereien verbieten und sonstige Bestimmungen hinsichtlich der sanitären Zustände in den Betrieben erlassen. Während des Krieges 1915 erfolgte das Verbot der Nacharbeit und im Jahre 1918 wurde in der noch bestehenden Verordnung, vom Reichs-Verordnungsamt die abschließende tägliche Arbeitszeit und das Verbot der Sonntagsarbeit festgelegt.

Die gewerkschaftliche Organisation der Bäckerei- und Konditoreiarbeiter innerhalb der 30 Jahre eine schier unermessliche Arbeit für die Anerkennung und Durchsetzung der Arbeiterklubbestimmungen. Immer wieder verfochten die Unternehmer ihre Organisation, die Aufhebung der Verordnung zu erreichen. Sie protestierten auf ihren Verbandsorganen, noch bis zum Kriegsausbruch, in der Hoffnung, noch nach Geld bei der Regierung zu finden. Das Scheitern dieser Bestrebungen haben die Geschäfte der großen Unterstützung der Gewerkschafts- und Parteitätigkeit zu danken. Sie wissen auch, daß sie nur als Wind der großen Arbeiterbewegung für ihre kapitalistischen Erwerbungsbegehren kommen und bleiben in dieser Entwicklung der Arbeiterklubbestimmungen.

# Zum Streit in der schlesischen Marmorindustrie.

Was wird geschrieben: Die "Schlesische Zeitung" brachte am 19. Februar einen von der mit 24 Wochen bestreikten Firma M. Thust, Marmorwerke in Oberpreißen und Grotzungenborn, Kreis Reife, verfaßten Artikel, in welchem unter Bezeichnung und Verschweizung der wirklichen Tatsachen, der Versuch unternommen wird, den Streit als logenmäßig milden Streit zu kennzeichnen sowie die mit dem beschriebenen ausgeführten Ueberfällen von importierten Harten-Steinlieferanten auf die Streikposten und Streikenden zu beschönigen bzw. abzustreiten. Wir erhalten erst heute von diesem Artikel Kenntnis, deshalb die verspätete Richtigstellung.

Die Ursache des wirklichen und von der Organisation (antagonistischen) Streites war wie ist nicht die Entlassung eines Arbeiters, sondern die Behauptung in Verbindung mit der von der Firma beschriebenen Maßregelung unserer verfaßten Verwaltungsmitglieder, die der Firmeninhaber namentlich ausführte. Es ist von zwei Gewerkschaftsvertretern wiederholt und auch vor dem Schlichtungsausschuß zum Ausdruck gebracht worden, daß der von der Firma als Streikführende tatsächlich genannte Entlassene keine Rolle spielte und die Arbeit ungehindert weitergehen kann, wenn die Firma von der Maßregelung unserer Verwaltungsmitglieder Abstand nehmen und eine schon bereits zwei Monate vor Streikbeginn geforderte Lohnerhöhung bewilligt. Die Lohnsätze der Arbeiter betragen für gelehrte 52 für ungelernete Arbeiter 40 M. und waren nachweislich die höchsten in der Gegend der gesamten deutschen Steinindustrie, obwohl die Arbeiter in ganz Deutschland als erfindungsreich anerkannt sind, und die Firma für diese hochqualitativen Produkte höchste Preise erzielt. Von einem milden Streit kann keine Rede sein, solche werden von der Organisation nicht genehmigt, noch viel weniger aber bereits lange geführt.

Die Firma M. Thust, die vor dem Kriege keinerlei Bedeutung hatte, jetzt aber durch den Krieg als außerordentlich reichhaltig und renommiert bekannt wurde, hat durch den Krieg, und Inflationsgewinnener wurde, wäre in der Lage, ein weitverbreitetes Leben zu genießen. Beträte wäre es nicht, die Firma hat in einem Streit der Streikposten gekennnt, gleichfalls anlässlich der besetzten Schichtarbeit, auf die unermessliche "Wohlfahrt" 24 Prozent Erhöhung bewilligt werden.

Die Firma behauptet, mit 25 Prozent der normalen Besoldung der Arbeiter weiterarbeiten zu können. Es mag stimmen, daß 25 Prozent der ungelerneten Arbeiter als Streikposten angesehen sind, nicht aber als Streikposten in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern als Mitglieder des Bundes Oberland und Haldenarbeiter, die zu den besten der von dem schlesischen Gewerkschaftsbund herangezogen sind und in der Lage sind, auf Streikposten und Streikende organisiert und organisiert zu werden.

Die Firma M. Thust will, daß die Streikposten (die Haldenarbeiter und Oberlandarbeiter) die Arbeitszeit als "unzulässige" festsetzen, während die Arbeiter selbst, die die Arbeit in der Gegend von Reife besonders auf Wunsch der Firma fortzusetzen, sich nicht scheuen, weil sie nicht nur in der Lage sind, die Arbeit zu machen, sondern auch in der Lage sind, die Arbeit zu machen, während die Arbeiter selbst, die die Arbeit in der Gegend von Reife besonders auf Wunsch der Firma fortzusetzen, sich nicht scheuen, weil sie nicht nur in der Lage sind, die Arbeit zu machen, sondern auch in der Lage sind, die Arbeit zu machen.

# Streikende, unter anderem aber auch gegen die Unbeteiligten.

Wir haben daraufhin unter Kennung von Zeugen der Staatsanwaltschaft, der Regierung in Oppeln sowie dem Oberpräsidenten von Oberschlesien Meldung erhalten und um Schluß nachgefragt, um unteren Mitgliedern die Selbsthilfe und die hieraus in Betracht unzulässige Inhaftierung einsetzenden Folgen zu erlangen. Dabei haben wir folgendes unter Beweis gestellt: Daß auf Streikposten fünfzehn harte Schüsse abgegeben wurden, daß mehrere Streikposten lebensgefährlich verletzt wurden, belegt mit juristisch beim Oberlandesgericht liegenden ärztlichen Attesten, daß die organisierten Horden über die Reichsgrenze gezogen sind und dort genau bezeichnete Häuser umstellten, Türen und Fenster beschossen haben, um Streikende aus ihren Wohnungen zu reißen, daß sie Ueberfälle auf öffentlicher Straße, sowohl in der Nähe der Eisenbahn, wie auch in Groß-Kunsendorf ausführten, unter anderem eine Frau, die aus dem Fenster leben wollte, mit Töchtern bedrohten, daß alle Berlekanen von Reßeln und handgearbeiteten Instrumenten herabfielen, daß Raschwerden unter Verwendung von Revolvern abgehalten wurden, daß ein Schießstand vorhanden ist, daß ein Ingenieur Szuda und ein Protokoll der Firma die leitenden Personen sind, und an einzelnen Ueberfällen beteiligt waren, daß ein Viehhändler als Schlichter verfaßt wurde, daß ein früheres wegen vermeintlichen Berratt freilos entlassenes Bandenmitglied mit Tölpelheiten bedroht wurde und Anzeige erstattete, deshalb auch jederzeit bereit ist, die innere Organisation zu klären usw. Ergänzend sei noch erwähnt, daß wir auch die Namen der Bandenmitglieder nennen, nicht Wohlwollend usw.

Die Regierung lagte Abhilfe zu, ließ aber vorerst die von uns genannten Forderungen nicht übernehmen, erst auf weiteres Anstreben wurde ein Kriminalbeamter beauftragt, genaue Erhebungen anzustellen. Seitdem aber vermissen wir jegliche Mitteilung über Ergebnis der Erhebungen oder sonstige Schritte. Der Staatsanwalt scheint keinerlei Handhaben zu finden, gegen die Kadaverhelden und deren Führer vorzugehen zu können. Die Firma schreibt, unsere Anaben seien übertrieben oder unwahr, gut man gebe die Möglichkeit, sie zu beweisen.

Zur Beurteilung der Firma muß noch hinzugefügt werden, daß, um Lohnforderungen zu erreichen, oder Lohnherabsetzungen zu hindern, schon öfter gestreikt werden mußte, und die Firma erst im Vorjahre die Arbeiter in Oberpreißen dreizehn Wochen ausspannte, allerdings ohne jeden Erfolg. Die persönlichen Anwürfe gegen einzelne Arbeiter oder den Unterzeichneten rechnen wir uns, da sie von völliger Gefährdung distanz sind, zur Ehre an.

Trotz der längeren Dauer geht der Kampf weiter, denn wir hungern zu können, brauchen die Arbeiter nicht bei der Firma arbeiten. Es ist bekannt, daß ein Streikposten in vierzehn Tagen 18 Mark verdient hat. Die Berechnung, solche Löhne zu bekommen, wird der Arbeiterklub sicherlich von niemandem abgesprochen werden.

Zugang von Streikposten, Schlichtern, Führern usw. ist nach wie vor ferngehalten, Haldenarbeiter wünschen wir der Firma möglichst viele.

# Zentralverband der Steinarbeiter, Seite II.

Der Zentralverband der Steinarbeiter hat dem Antrag der Bergarbeiterverbände auf Rechtsabklärung des Schiedspruchs für den Streikposten zugestimmt.